

BĚŘĽŸÑ 02/16

international Nummer 130

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat Februar:



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8 Neujahrsfest
Vietnam, China
- 9 Fastnacht
- 10 Aschermittwoch
- 11
- 12
- 13
- 14 St. Valentin
- 15
- 16
- 17 Christliche
Fastenzeit
10.2.-26.3.
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ob Tierpark, Deutsches Historisches Museum oder Zitadelle Spandau – als Dankeschön an alle Berlinerinnen und Berliner, die Flüchtlingen helfen, in unserer Stadt anzukommen, öffnen mehr als achtzig Orte in Berlin am Sonntag, 31. Januar 2016, ihre Türen ([Seite 8](#)).

Der kurze Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 01.03.2016.
Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2016 (Nr. 131) ist der 22.02.2016.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, AL III 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
29.01.2016 [1.924 | Jahrgang 33]

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Transnationales EU-Programm „Für Roma, mit Roma“	4
Städtepartnerschaft mit dem rumänischen Kreis Bistrita-Nasaud	4
Seit Januar 2016: Erweiterung des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und Integrationslotsen inklusive Stadtteilmütter	4
IQ Landesnetzwerk Berlin „Verstand plus Herz“. Geflüchtete Menschen ins Unternehmen holen	5
Arbeitsmarkt in Berlin bleibt stabil und aufnahmefähig –	6
Integration Geflüchteter wird große Herausforderung	6
Kampf gegen häusliche Gewalt: 'NeuRaum' bietet 22 Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen –	7
Berlin erhöht Haushaltsmittel um 600.000 Euro pro Jahr	7
Willkommen in Arbeit – Integration beginnt am ersten Tag –	7
erstes Willkommen-in-Arbeit-Büro im ehemaligen Flughafen Tempelhof eröffnet	7
31.01.2016: Berlin sagt Danke!	8

Aus dem Landespressedienst

Berlin stellt Lehrerinnen und Lehrer ein	9
Berliner Kinder mit überwiegend guter Gesundheit – Auswertung der Einschulungsdaten 2014 vorgelegt	9
Henkel: Keine No-Go-Areas für Frauen in deutschen Städten	10
Berlin macht gegen Diskriminierung an Schulen mobil – Modellprojekt startet in Neukölln	11
Müller nimmt am Politischen Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft in Breslau teil	11
Für Flüchtlingsprojekte: Hochschulen erhalten im Jahr 2016 über 900.000 Euro	12
Vereinfachte und schnellere Genehmigungsverfahren für den Bau von Flüchtlingsunterkünften in modularer Bauweise	13
Wiederaufnahmeförderung: Bewerbungen für Projekte im 2. Halbjahr 2016 möglich. Frist: 15.02.2016	13
Berliner unter den Opfern in Istanbul – Müller verurteilt Anschlag	14
Henkel: Eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge sorgt für eine gerechtere Lastenverteilung	14
Aufenthaltsrecht – Henkel begrüßt geplante Verschärfungen	14
Senatsklausur: Die Wachsende Stadt weiter voranbringen	15
Neue Bevölkerungsprognose für Berlin – Die Stadt wird weiter deutlich wachsen	16
Neuer kommissarischer Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales	17
Jazzförderung 2016 ausgeschrieben. Frist: 16.02.2016	17
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:	18
Kostenlose Publikationen für Schüler, Auszubildende, Studierende u.a.	18
Vergabe von Musikübungsräumen für Pop- und Jazz-Musiker/innen. Frist: 16.02.2016	19
Personal für die wachsende Stadt: Mehr Stellen für Hauptverwaltung und Bezirke	19
Vergabeentscheidungen zum Hauptstadtkulturfonds 2016	20
Henkel: Keine Toleranz für kriminelle Schleuserbanden	21
Verfassungsschutz stellt neue Broschüre vor: „Linke Gewalt in Berlin 2009-2013“	21
Gedenkstättenfahrten erhalten zusätzliche Förderung von 192.000 €	22
Zentrale Leistungsstelle beim LAGeSo: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen	22
Henkel: Mieses Spiel mit Berliner Behörden	23

Anfragen an den Senat

„Der Aktensucher – Das Chaos gibt es wirklich“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite	23
---	-------	----

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal	26
EUROCITIES: Integrating Cities Charta. 2015er-Bericht erschienen	26
BMI: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor	26
Migrationsbericht 2014 vorgestellt	27
Expertise des SVR-Forschungsbereichs: Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen	27
Nach Kölner Silvesternacht: Rat für Migration warnt vor übereilten Reformen und Panikmache	27

Aus Europa, Bund und Ländern

Neue deutsche Medienmacher: Wozu wir den Pressekodex brauchen28
 „Integrationspflicht“: Flüchtlinge nehmen Integrationsangebote freiwillig wahr28

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Amaro Foro: Stellenausschreibungen für Projektmitarbeiter/-in sowie 3 Sozialarbeiter/-innen
 Frist: **05.02.2016**28
 Stiftung evz, Stellenausschreibung: Programmleitung. Frist: **21.02.2016**29
 18.02.: Interesse am Gastgewerbe? ‚On Tour‘ im Oldtimerbus – die etwas andere Jobsuche29
 FrauenComputerZentrumBerlin e.V.: Aktuelle Weiterbildungen. Start: **15.02.** sowie 25.04.201629
 26.02.: Deutsch-polnischer Informationstag.
 Information zu Arbeit, Anerkennung, Sozialversicherung von Fachleuten.30
 Berufsbegleitender Hochschul-Zertifikatskurs 2016:
 „Pädagogik für Vermittlung sozialer Kompetenzen und Gewaltprävention“. Bewerbungsfrist: **01.04.2016**31
 Stellenausschreibung, Telefonseelsorge Berlin: Fachkraft mit Migrationshintergrund31

Workshops/ Tagungen

23.02, Diskussionsabend: Arbeitsbiographien zugewanderter Frauen. Anmeldung bis: **15.02.2016**32
 26./27.02., Kongress: "Deutschland- weiter gedacht"
 2. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen. Anmeldefrist: **31.01.2016**32
 25./26.02, SOR-Fachtagung: "Der Nordafrikanische Mann" – ein neues Feindbild?!
 Bestandsaufnahme, Analyse und Konsequenzen. Anmeldung bis: **10.02.2016**32
 01.03., LIFE e.V.: Enter Technik und Partner-Unternehmen stellen sich vor
 Eine Informationsveranstaltung für Multiplikator/innen. Anmeldung bis: **26.02.2016**33
 21.04., Vorschau - AWO-Bundesverband-Fachtagung: Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung33

Aus Projekten und Vereinen

Integrationsprojekt: Start with a Friend erhält Bundesförderung34
 13.02., Auftakt-Veranstaltung: Projekt AfroPolitan Berlin34
 Lateinamerikanischer Frauenverein Xochicuicatl e.V.: Angebote und Programm im Februar35
 AWO-Begegnungszentrum: Monatsprogramm Februar/März 201636
 BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V. Programm Februar 2016 (Auszug)37
 BABEL e.V.: Veranstaltungsangebot im Februar 2016 (Auszug)38

Veranstaltungen

04.02. (Eröffnung), Ausstellung: „Als die Welt in Scherben fiel –
 Assemblagen aus dem untergegangenen Breslau“ in der Humboldt-Bibliothek Tegel39
 Noch bis 07.02., Ausstellung: „StreetUniverCity – Die soziale Skulptur“39

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Faltblatt zum Berliner Nahverkehr: BVG informiert auf Arabisch und Englisch40
 Mehrsprachig veröffentlicht: Ratgeber Gesundheit für Asylsuchende in Deutschland40
 Verkehrsregeln für Fahrradfahrer: Broschüre in 13 verschiedenen Sprachen gibt Tipps40
 Neuentwicklung: Eine App, die das „Ankommen“ erleichtert40
 Für lesbische, schwule, bisexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge:
 Arabischsprachiger Rechtsratgeber erschienen41
 10 Jahre Berlin braucht dich! Neue Ausgabe des *Berlin braucht dich! Magazins* erschienen
 Online und als Broschüre:41
 Refugee Guide - Eine mehrsprachige Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland42

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Transnationales EU-Programm:
„FÜR ROMA, MIT ROMA“

Im Rahmen dieses Programms wurden im September 2015 mit Unterstützung der Generaldirektion für Justiz und Verbraucher zehn Städtepartnerschaften zwischen 20 Kommunen aus elf Mitgliedstaaten eingerichtet.

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen – Abteilung Integration - ist für Berlin auf Wunsch der EU-Kommission eine Städtepartnerschaft mit dem rumänischen Kreis Bistrita-Nasaud eingegangen. Das Programm dient zur gezielten Kommunikation und dem Austausch von Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Roma bei Projektumsetzungen vor Ort. Es wurde sich darauf verständigt, dass der Schwerpunkt des Twinnings auf dem Bereich Bildung und Jugend gesetzt wird.

Im April 2016 wird eine Delegation aus Rumänien in Berlin erwartet, der Gegenbesuch ist für Juni 2016 geplant.

Informationen über das Programm:

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/media/pdf/new_sletter_en.pdf



Das Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen

Seit Januar 2016:

Erweiterung des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und Integrationslotsen inklusive Stadtteilmütter

Das Berliner Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen wird seit Oktober 2013 durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen gefördert und in enger Abstimmung mit den Berliner Bezirken umgesetzt. Das Programm hat sich als wichtiger integrationspolitischer Baustein in Berlin, jüngst auch bei der Unterstützung geflüchteter Menschen, erwiesen. Dies liegt vor allem an der wertvollen Arbeit der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sowie Stadtteilmüttern selbst. Nach Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Haushalt 2016/2017 im De-

zember 2015 konnte die Zahl der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen inklusive Stadtteilmütter zu Beginn 2016 nochmals wesentlich von 106 auf 157 Personen für die kommenden beiden Jahre erhöht werden und zugleich die Kontinuität des Programms gesichert werden.

Alle Integrationslotsen und Integrationslotsinnen sowie Stadtteilmütter helfen Zuwandererinnen und Zuwanderern, Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund, die teilweise schon lange in der Stadt leben. Nicht selten gehören sie zu den ersten Ansprechpersonen für Neuzugewanderte und sind dadurch auch Willkommensbotschafterinnen und Willkommensbotschafter des Landes Berlin. Bei der Konzeption des Landesrahmenprogramms wurde bewusst auf Vielfalt und Kooperation mit den Berliner Bezirken gesetzt. Daraus ergeben sich im Wesentlichen zwei Arbeitsschwerpunkte: Zum einen die Arbeit der Stadtteilmütter, zum anderen die „klassischen“ Wegweiserlotsinnen und -lotsen. Integrationslotsinnen und Integrationslotsen arbeiten entweder in einer Anlaufstelle, wo sie direkt von den Ratsuchenden aufgesucht werden, von Behörden angefordert werden oder in Kooperation mit Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften. Sie geben erste Hilfestellungen bei einer Vielzahl von Fragen, indem sie beispielsweise zu Behörden und Beratungsstellen begleiten und als Sprach- und Kulturmittlerinnen und Kulturmittler tätig werden.

Die Lotsinnen und Lotsen sind seit dem Start des Programms zu wichtigen Ansprechpersonen für die Zielgruppen im Bezirk geworden – vor allem, weil sie einen niedrigschwelligen Zugang bieten. Die aufsuchende Familienarbeit („Stadtteilmütter“) ist eine Spezialisierung innerhalb des Landesrahmenprogramms in den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf. Die Stadtteilmütter begleiten Familien zu Unterstützungsangeboten, arbeiten in Familientreffpunkten, Kindertagesstätten und Grundschulen und unterstützen den Bezirk im Rahmen der Frühen Hilfen.

Alle Lotsinnen und Lotsen unterstützen auch geflüchtete Menschen bei ihren ersten Schritten in Berlin. Die Träger, die die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen beschäftigen, haben in den vergangenen Monaten unterschiedliche Verfahren für die Kooperation mit den Unterkunftsbetreibern entwickelt. In vielen Unterkünften unterstützen die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen vor Ort, mit manchen Betreibern wurde vereinbart, dass sie die geflüchteten Menschen an die Sprechstunden der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen beim Träger verweisen, wenn die Entfernungen nicht groß sind. Neben der Bezirks- und Kiezorientierung der Lotsenprojekte gibt es seit Mitte November 2015 zusätzlich ein überbezirkliches Team von Lotsinnen- und Lotsen bei der GFBM (gemeinnützige Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen gGmbH). Diese zwölf Personen sind zurzeit in den Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof und am Landesamt für Gesundheit und Soziales im Einsatz und ergänzen die

Arbeit der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen bei ihrer Arbeit in den Bezirken.

Mit der Absicherung über den Haushalt 2014/15 war es erstmals möglich, bei den Trägern tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Stellen für Integrationslotsinnen und –lotsen zu schaffen. Die Integrationslotsinnen und –lotsen durchlaufen Qualifizierungsmaßnahmen, die sie während der Arbeitszeit absolvieren können. Außerdem wird Coaching- und Supervision über eine Regiestelle organisiert. Diese bewährten Elemente der Qualitätssicherung und –entwicklung werden auch 2016/2017 fortgesetzt.

Eine weitere große Aufgabe für die Jahre 2016 und 2017 wird die Entwicklung eines Berufsbildes sein. Das für die Lotsinnen und Lotsen entwickelte einheitliche Aufgabenprofil und die qualitätssichernden Maßnahmen im Landesrahmenprogramm sind dafür erste Schritte. Auf der Fachtagung zum Landesrahmenprogramm am 29.6.2015 gab es hierzu eine eigene Arbeitsgruppe. Daraus ist eine Runde von Expertinnen und Experten erwachsen, welche im vierten Quartal 2015 einen Vorschlag für die Entwicklung eines Berufsbildes „Integrationsassistentin / -assistenten“ erarbeitet hat. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe ist die Entwicklung eines landesrechtlich geregelten Berufs. Gesteuert wird dieser Prozess durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.

Ansprechperson für das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen: Kai Leptien
E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de
Potsdamer Straße 65 10785 Berlin www.berlin.de/lb/intmig

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Kai Leptien
Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 9017 2345
Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de

Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/lotsen/index.html>

IQ Landesnetzwerk Berlin



„Verstand plus Herz“

Geflüchtete Menschen ins Unternehmen holen

Was müssen Betriebe beachten, wenn sie geflüchteten Menschen eine Beschäftigungsperspektive bieten wollen? Darüber gaben Experten auf einer Veranstaltung im Rahmen des IQ-Projektes „Eine Frage der Einstellung“ Auskunft.

Mehr als 70 Gäste folgen am 9. Dezember 2015 der Einladung von LIFE e.V. und dem IQ Landesnetzwerk Berlin auf das neu ausgebaute Hafengelände der Reederei Riedel in Berlin Rummelsburg. Die geladenen Personalverantwortlichen und Führungskräfte stimmen sich zunächst in der Galerie des Verwaltungsgebäudes auf das Thema ein.



Dr. Julia Kropf führt durch die Veranstaltung (Foto: LIFE e.V.)

Als Experten mit dabei sind Kathrin Tews als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Bildungspolitik der IHK Berlin, Lutz Bucklitsch, Geschäftsführer des Vereins Flüchtlingshilfe Iran, der auf Migrationsrecht spezialisierte Rechtsanwältin Volker Gerloff, außerdem Anton Schünemann, als Projektleiter von ARRIVO Berlin verantwortlich für die Kampagne „Flüchtling ist kein Beruf“ sowie Volkmar Voigt, Teamleiter des Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit Berlin-Süd.

Nachdem Wiebke Reyels, Leiterin des IQ Landesnetzwerks Berlin, das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) vorgestellt hat, begrüßen die Gastgeber Lutz Freise, Geschäftsführer der Reederei Riedel, und Andrea Simon, Leiterin des Projektes „Eine Frage der Einstellung“ bei LIFE e.V., die Gäste. Sie

betonen in ihren Grußworten, wie wichtig ein besseres Verständnis der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine geplante Einstellung von Flüchtlingen ist. Freise berichtet von den Mühen, die es sein Unternehmen während des Bosnienkrieges kostete, zwei Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Unternehmen, das zur Unterhaltung seiner 16 Fahrgastschiffe eine eigene Tischlerei und Metallwerkstatt betreibt, sucht Mitarbeitende für verschiedene Arbeitsgebiete, darunter Handwerkerinnen und Handwerker für die Bereiche Elektrik oder Trockenbau, aber auch Servicekräfte für Gastronomie, Bürokaufleute oder Verwaltungsangestellte.

Zuwanderung hilft Unternehmen und Gesellschaft

Die Veranstaltung macht deutlich: Bedeutende Fortschritte können nur gelingen, wenn neben der inneren Einstellung aller Beteiligten, der Wille seitens der Unternehmen vorhanden ist, sich mit bürokratischen Anforderungen auseinanderzusetzen und entsprechend zu investieren. Die Investitionen lohnen sich sowohl betriebswirtschaftlich als auch gesamtgesellschaftlich. Denn gelingt die Eingliederung ins Berufsleben, fördert das die Integration der Zugewanderten in die Gesellschaft.

Welche Unterstützungsangebote gibt es für Unternehmen?

Konkrete Unterstützung bietet der Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen. Volkmar Voigt weist darauf hin, dass die Agentur auch vor Ort in Unternehmen berät und stellt die Einstiegsqualifizierung für Personen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung vor.

Anton Schünemann von ARRIVO Berlin unterstützt und berät Betriebe, die auf der Suche nach Auszubildenden oder Mitarbeitenden sind und bringt sie mit interessierten Flüchtlingen zusammen.

Wenn es um die Anerkennung von Berufs- und Qualifikationsabschlüssen geht, sieht sich die IHK in der Verantwortung. Geflüchtete, die ohne Qualifikationsunterlagen ins Land gekommen seien, könnten beispielsweise über praktische Arbeitsproben ihre Fähigkeiten beweisen. Zu diesem und weiteren Themen gibt es Informationsveranstaltungen der IHK.

Schnell sind sie vergangen, die zwei Stunden. Bevor Andrea Simon die Gäste abschließend zum gemeinsamen Imbiss einlädt, weist sie auf geplante weitere Veranstaltungen zu diesem Thema hin und appelliert an die Unternehmen, mit den verschiedenen Institutionen zusammenzuarbeiten und vorhandene Gestaltungsspielräume zu nutzen: „So werden wir in diesem Land gemeinsam etwas bewegen.“

Text: Gabriele Maria Gerlach

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Sima Fazlali Serkani, Landesnetzwerk Berlin

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2373

E-Mail: Sima.Fazlali@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-ig.de>

ARBEITSMARKT IN BERLIN BLEIBT STABIL UND AUFNAHMEFÄHIG – Integration Geflüchteter wird große Herausforderung

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist im Dezember 2015 gegenüber dem November leicht angestiegen, bleibt auf dem niedrigsten Stand seit fast 25 Jahren. Im vergangenen Dezember waren 184.267 Berlinerinnen und Berliner arbeitslos gemeldet, das sind 10,1 Prozent. Im Dezember 2014 hatte die Arbeitslosenquote noch 10,5 Prozent betragen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gegen den saisonalen Trend leicht gesunken und liegt mit 9,5 noch unter dem allgemeinen Durchschnitt. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit insgesamt blieb mit 32,4 Prozent gleich und liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat erklärt dazu: „Der Berliner Arbeitsmarkt ist stabil und aufnahmefähig. Wir bauen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit weiter ab. Zudem wirkt unsere aktive Arbeitsmarktpolitik mit dem Programm BerlinArbeit. Unsere Ziele, die Zahl der Arbeitslosen unter 200.000 zu senken, die Jugendarbeitslosigkeit unter 10 Prozent zu bringen und die Langzeitarbeitslosigkeit verringern, sind nachhaltig erreicht.“

Kolat weiter: „Im vor uns liegenden Jahr stehen wir vor der gewaltigen Aufgabe, die vielen zu uns Geflüchteten in Arbeit zu bringen und zu integrieren. Ich will aus Geflüchteten Steuerzahler machen. Sie wollen nicht von staatlichen Transferleistungen leben, sondern arbeiten. Die gute und stabile Entwicklung des Berliner Arbeitsmarkts hilft uns dabei. Sehr wichtig für die Geflüchteten sind deutsche Sprachkenntnisse und frühe Kontakte zu Unternehmen. Unsere Initiative zur Berufsintegration Arrivo findet große Resonanz, und wir bieten außerdem Tausenden Geflüchteten in Sprachkursen die Chance Deutsch zu lernen, die sie sonst nicht hätten.“

[PM SenArbIntFrau v. 05.01.2016]

**Kampf gegen häusliche Gewalt:
'NEURAU' BIETET 22 WOHNUNGEN
FÜR GEWALTBETROFFENE FRAUEN –
Berlin erhöht Haushaltsmittel
um 600.000 Euro pro Jahr**

Die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat hat heute gemeinsam mit der Generalbevollmächtigten der Deutsche Wohnen AG Dr. Kathrin Wolff das Projekt „NeuRaum - Wohnen nach dem Frauenhaus“, ein Projekt des Caritasverbands für das Erzbistum Berlin, besucht. Frauen, die – auch mit ihren Kindern – vor häuslicher Gewalt in ein Frauenhaus fliehen mussten, können nach der ersten Stabilisierung oftmals nicht mehr in ihre alte Wohnung zurück. Hier setzt NeuRaum an, das den Frauen Unterkunft und weitere Beratung bietet, um sie auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu begleiten. Die Deutsche Wohnen AG stellt dem Projekt 14 der insgesamt 22 Trägerwohnungen zur Verfügung.

Mit sechs Frauenhäusern, 40 Zufluchtswohnungen, fünf Interventions- und Fachberatungsstellen sowie der BIG-HOTLINE, der ergänzenden Anlaufstelle bei BIG für die Nachtstunden, an Wochenenden und Feiertagen sowie der BIG-Koordinierung hat Berlin bereits ein gut aufgestelltes und breit gefächertes differenziertes Hilfesystem für Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden. Im Jahr 2015 hat der Senat die Hilfeangebote für gewaltbetroffene Frauen insgesamt mit 6,8 Millionen Euro finanziert. Diese Summe steigt im laufenden und im kommenden Jahr um 600.000 Euro auf 7,4 Millionen Euro pro Jahr.

Das Projekt NeuRaum ergänzt die Hilfsangebote für Frauen sinnvoll und entlastet gleichzeitig die Frauenhäuser. Denn wegen des angespannten Wohnungsmarktes in Berlin verweilen Frauen oft länger als erforderlich in den Unterstützungseinrichtungen. Wenn im Laufe dieses Jahres alle NeuRaum-Wohnungen zur Verfügung stehen, werden gleichzeitig 22 Plätze in den sechs Berliner Frauenhäusern frei.

Senatorin Kolat: „Berlin ist seit Jahren bundesweit an der Spitze, was den Kampf gegen häusliche Gewalt angeht. Mit NeuRaum ergänzen wir unsere Hilfsangebote und entlasten gleichzeitig die Frauenhäuser für akute Notfälle. Ich freue mich besonders, dass dieses Engagement auch von der Wirtschaft anerkannt und unterstützt wird. Die Deutsche Wohnen gibt Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, ein knappes Gut: Wohnungen. Dafür bin ich dankbar, denn hier übernimmt ein großes, börsennotiertes Unternehmen aus Berlin soziale Verantwortung.“

„Als Berliner Unternehmen legen wir Wert darauf, unsere gesellschaftliche Verantwortung hier in der Stadt und im Sinne der Berlinerinnen und Berliner wahrzunehmen. Nicht nur durch engagierte Quartiersarbeit wie in Hellersdorf, Kreuzberg oder Spandau. Sondern auch, indem wir unsere Kompetenz und unseren Wohnungs-

bestand für Menschen mit Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt nutzen. Dazu gehören neben Frauen aus Gewaltsituationen ganz aktuell auch Jugendliche aus problematischem Umfeld, denen wir Wohnungen zur Verfügung stellen“, so Dr. Kathrin Wolff, Generalbevollmächtigte der Deutsche Wohnen AG.

Gabriele Kriegs, Leiterin des Caritas-Projekts NeuRaum: „Wir freuen uns sehr, dass NeuRaum Unterstützung von Seiten des Senats und der Deutsche Wohnen erhält. Eine eigene Wohnung und Beratung nach dem Frauenhaus ist für viele alleinstehende Frauen und ihre Kinder essenziell. Oft haben sie neben Gewalterfahrungen andere Probleme, zum Beispiel Schulden, Arbeitslosigkeit und fehlende soziale Kontakte. NeuRaum unterstützt sie mit sozialpädagogischen Fachkräften dabei, diese Probleme zu lösen und in ein eigenständiges Leben zurück zu finden.“

Über den Caritasverband:

Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. ist als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche in Berlin, Brandenburg und Vorpommern Anwalt für Benachteiligte, Dienstleister und Solidaritätsstifter. Zudem versteht er sich als Mitgestalter von Sozial- und Bildungspolitik und setzt sich mit 11.000 hauptamtlichen und 5.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern für Menschen in Not ein.

Über die Deutsche Wohnen:

Die Deutsche Wohnen ist unter anderem aus den Berliner Traditionsunternehmen GEHAG und GSW hervorgegangen und heute mit etwa 107.000 Wohnungen Berlins größter Vermieter - deutschlandweit umfasst der Bestand über 160.000 Wohnungen. Darüber hinaus ist es eines von drei im M-Dax-gelisteten Unternehmen der Hauptstadt. Gemeinsam mit dem von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen geförderten Verein Hestia engagiert sich das Unternehmen bereits seit mehreren Jahren für Frauen aus häuslichen Gewaltsituationen.

[PM SenArbIntFrau v. 13.01.2016]

**WILLKOMMEN IN ARBEIT –
Integration beginnt am ersten Tag**

Die Berliner Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat hat heute in der Notunterkunft für Geflüchtete im ehemaligen Flughafen Tempelhof das erste Willkommen-in-Arbeit-Büro eröffnet. Weitere Büros in großen Notunterkünften werden in Kürze folgen.

Dilek Kolat: „Integration beginnt am ersten Tag. Deshalb bündeln wir Beratungs- und Begleitangebote unter einem Dach, wie es sich in der Arbeitsmarktpolitik bewährt hat. Im Willkommen-in-Arbeit-Büro arbeiten Integrationslotsen, Bildungsberater, und Jobcoaches Hand in Hand. Auch die Angebote der Arbeitsagentur werden integriert. Unser Ziel ist die individuelle Betreuung und Beratung von Geflüchteten, die Vermittlung

von Sprachkenntnissen sowie die schnellstmögliche Aufnahme einer Tätigkeit auf dem Ersten Arbeitsmarkt. Das ist eine riesige Aufgabe. Mit vereinten Kräften packen wir sie an.“

Im Willkommen-in-Arbeit-Büro bieten auch die Berliner Jobpoints Geflüchteten mit Beschäftigungserlaubnis offene Stellen an. Geflüchtete ohne Zugang zu Integrationskursen können sich über die zusätzlichen Deutschkurse an Berliner Volkshochschulen informieren. Auch das Projekt „Arrivo“, das Geflüchtete für eine Berufsausbildung fit macht, und die Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen des IQ-Netzwerks werden nach Bedarf vertreten sein.

Die Willkommen-in-Arbeit-Büros kooperieren mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und stimmen ihre Angebote mit ihr ab. Der Senat bietet allen Arbeitsmarktakteuren der „Lenkungsgruppe Arbeitsmarktintegration Geflüchteter“ an, eigene Angebote in die neue Beratungsstruktur vor Ort in den Unterkünften einzubringen.

Der Integrationsbeauftragte des Landes Berlin Andreas Germershausen: „Im Willkommen-in-Arbeit-Büro können auch Geflüchtete, die zunächst in einer Notunterkunft leben müssen, die ersten Schritte in Richtung Integration gehen. Unsere Integrationslotsinnen und -lotsen, die selbst Migrantinnen und Migranten und oft sogar ehemalige Flüchtlinge sind, unterstützen sie dabei.“

Die Geschäftsführerin Operativ der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Shirin Khabiri-Bohr: „Arbeit ist die beste Form der Integration. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den 12 Jobcentern und den drei Berliner Agenturen für Arbeit ebnen den geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektive seit Mitte letzten Jahres den Weg in Arbeit und Ausbildung. Sie ermitteln Qualifikationen und Kompetenzen, um passgenaue Angebote zu vermitteln. Dafür arbeitet ein Spezialistenteam an verschiedenen Standorten eng mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammen. Der intensive und gemeinsame Dialog mit allen Partnern ist dabei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.“

[PM SenArbIntFrau v. 27.01.2016]

31.01.2016:

BERLIN SAGT DANKE!

Als Dankeschön an alle Berlinerinnen und Berliner, die Flüchtlingen helfen, in unserer Stadt anzukommen, öffnen mehr als achtzig Orte in Berlin am 31. Januar ihre Türen.

Der Regierende Bürgermeister und der Präsident des Abgeordnetenhauses laden herzlich ein:



Liebe Berlinerinnen und Berliner,

sie alle – ganz gleich, ob mit ehrenamtlichem Engagement, als Mitarbeiterin und Mitarbeiter einer Verwaltung oder durch die freundliche Aufnahme neuer Nachbarn – haben einmal mehr gezeigt, dass Berlin Großes leisten kann. Wir konnten im letzten Jahr gemeinsam über 70.000 vor Krieg und Verfolgung geflohenen Menschen eine sichere Unterkunft, Gesundheitsversorgung und Bildungsangebote bieten.

Das war eine große Herausforderung für uns alle. Und von Tag zu Tag bewältigen wir diese besser. Aber wir alle wissen: wir werden einen langen Atem brauchen.

Die Berlinerinnen und Berliner haben in den vergangenen Monaten für die Flüchtlinge viel getan. Wir wollen Danke sagen. Danke für diese gelebte Solidarität mit Menschen in Not.

Deswegen laden wir zum großen Aktionstag ein. Am 31. Januar werden viele landeseigene Einrichtungen ihre Türen öffnen und alle Bürgerinnen und Bürger kostenlos zur Besichtigung einladen. Das Programm finden Sie auf <http://www.berlin-sagt-danke.de>.

Neben dem Dank wollen wir aber auch dafür werben, dass die Berlinerinnen und Berliner sich weiter engagieren. Denn, die größte gemeinsame Aufgabe liegt noch vor uns. Die Integration der vielen Menschen in unsere Gesellschaft – auf der Grundlage unserer Werte. Dabei ist eins wichtig: Unser Berlin muss eine welt-offene und tolerante Heimat für alle bleiben.

Die Herausforderungen sind immens. Nur gemeinsam können wir sie tragen und bewältigen. Danke, dass Sie dabei auch weiter helfen werden.

Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Ralf Wieland
Präsident des Abgeordnetenhauses

Weitere Informationen sowie das Programm im Internet unter: <http://www.berlin.de/berlin-sagt-danke/>

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 04.01.2016, 09:16 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Wissenschaft
BERLIN STELLT

LEHRERINNEN UND LEHRER EIN Anstieg der Willkommensklassen und der Integrationsquote erhöhen den Bedarf

Derzeit laufen die Einstellungsverfahren für das kommende Schulhalbjahr im Februar 2016.

Flankiert werden die Bewerberverfahren durch kontinuierliche Auswahlverfahren für die Willkommensklassen. Lehrten zu Beginn des Schuljahres 472 Lehrerinnen und Lehrer in den besonderen Sprachlerngruppen, sind es heute bereits über 700. Die berlinweite Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den Willkommensklassen ist im gleichen Zeitraum von rd. 5.000 auf fast 7.000 gestiegen.

Der starke Anstieg der Willkommensklassen für Flüchtlingskinder hat sich zusammen mit der Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf einen erhöhten Lehrkräftebedarf niedergeschlagen. Neben den zusätzlichen Lehrkräften für weitere Willkommensklassen ist gleichzeitig der benötigte Anteil an Lehrkräften für Schülerinnen und Schüler in der Integration um 133 Lehrkräfte gestiegen. Ursächlich hierfür war ein unerwarteter Anstieg von Schülerinnen und Schülern, vor allem in den Förderschwerpunkten Autismus und Geistige Entwicklung. Die Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler integrativ beschult werden, erhalten schülerbezogen zusätzliche Ressourcen.

„Diese Entwicklung stellt einen erheblichen Vertrauensbeweis der Eltern in die Integrationsarbeit der Berliner Schulen dar. In diesem Schuljahr werden 12.632 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen integrativ beschult, das sind inzwischen mehr als 60 % aller Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

Mit Stichtag 1. November hatten die Berliner Schulen anlässlich der jährlichen Bedarfsfeststellung eine Ausstattung von 99,3 % gemeldet. In der 100 % Definition ist der Bedarf für die Stundentafel, für Teilungsstunden und Förderunterricht, für strukturelle Unterstützung (Integration und Sprachförderung) sowie für Profile der Schulen enthalten. Bezogen auf die reine Versorgung der Stundentafel lag die Bilanz an den öffentlichen Schulen bei 117 %. Seit Dezember laufen nun die Bewerberverfahren für das nächste Schulhalbjahr. Rund 600 Einstellungsverfahren sind bereits in der Bearbeitung. Ziel ist es, darüber hinaus noch bis zu 300 Lehrkräfte im Januar einzustellen.

Alle Ausschreibungsdetails finden Sie unter:

http://www.berlin.de/sen/Bildung/Lehrer_werden/Einstellungen/

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers Tel.: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 05.01.2016, 11:10 Uhr Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales BERLINER KINDER MIT ÜBERWIEGEND GUTER GESUNDHEIT – Auswertung der Einschulungsdaten 2014 vorgelegt

Die Berliner Kinder sind grundsätzlich in einer guten gesundheitlichen Verfassung. Das belegen die Daten der Einschulungsuntersuchungen des Jahres 2014, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ausgewertet und jetzt vorgelegt wurden. In den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten der Berliner Bezirke sind zum Schuljahr 2014/15 insgesamt 16.446 Jungen und 15.015 Mädchen erstmals untersucht worden.

Die Zahl der vor ihrer Einschulung untersuchten Kinder hat sich in den letzten Jahren durch Geburtenanstieg und Zuzug kontinuierlich erhöht. Der aktuelle hohe Zugang von Flüchtlingsfamilien spiegelt sich in dieser Auswertung der Einschulungsuntersuchungen noch nicht wieder.

Seit 2005 werden die Einschulungsuntersuchungen in Berlin mit weitgehend gleich bleibender Methodik durchgeführt und standardisiert ausgewertet. Die jährlich aktualisierte Auswertung ermöglicht ein Monitoring der gesundheitlichen und sozialen Lage der Berliner Kinder im Einschulungsalter.

Zu einzelnen wichtigen Ergebnissen des Berichts:

- Die Kinder wachsen mehrheitlich in einem Haushalt mit beiden Elternteilen auf, der Anteil Alleinerziehender ist von einem Drittel im Jahr 2005 auf ein Viertel zurückgegangen.
- Grundsätzlich hat sich das familiäre Gesundheits- und Risikoverhalten gegenüber dem Jahr 2005 verbessert. So ist die Inanspruchnahme der **Kinder-Früherkennungsuntersuchungen** insbesondere ab der U6 in den letzten Jahren angestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das verbindliche Einladewesen zu den Früherkennungsuntersuchungen in den beiden zuletzt untersuchten Jahrgängen zunehmend greift. 2010 war es in Berlin eingeführt worden. Eine vollständige Inanspruchnahme der U1 bis U8 (mit Ausnahme der später eingeführten U7a) weisen jetzt 85,4 % der untersuchten Kinder auf. Im Jahr zuvor waren es 83,9 %.
- Der Anteil der **Nichttraucherhaushalte** ist weiter angestiegen von der guten Hälfte (52,7 %) im Jahr 2005 auf fast zwei Drittel (65,9 %) im Jahr 2014. Nur noch in jedem elften Haushalt (9,2 %)

raucht mehr als eine Person. Erfreulicherweise ist der Anteil der Kinder mit einem hohen **Fernsehkonsum** von über zwei Stunden täglich kontinuierlich rückläufig. Der Anteil der Kinder, die über einen eigenen Fernseher verfügen, hat sich seit 2005 (18,2 %) nahezu halbiert (2014: 9,6 %).

- Bei **Impfungen** gegen Masern, Mumps und Röteln gibt es einen weiteren Anstieg, insbesondere bei der 2. Impfung. 91 % der untersuchten Kinder hatten beide Impfungen. Dies ist keine Folge des Masernausbruchs im Herbst 2014, da die Kinder davor untersucht wurden. Trotz dieses Anstiegs wird das Impfziel der WHO nach wie vor deutlich unterschritten. Danach sollten 95 % aller Kinder mit zwei Impfdosen gegen Masern geimpft sein. Auf Bezirksebene wird diese Quote nur in Marzahn-Hellersdorf erreicht, bei kleinräumiger Betrachtung erreichen elf der 60 Berliner Prognoseräume diese Durchimpfungsquote, die für eine Elimination der Masern notwendig ist.
- Der **Kitabesuch** bleibt für ein gesundes Heranwachsen der Kinder von großer Bedeutung. Er eröffnet Kindern unabhängig von ihrer Ausgangssituation Anreize und Fördermöglichkeiten für ihre soziale, körperliche und geistige Entwicklung. Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache bietet die Kita gute Voraussetzungen für das Erlernen der deutschen Sprache. Die große Mehrheit der Familien nutzt diese Chance: 87,5 % der Kinder besuchen zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung bereits seit mehr als zwei Jahren eine Kita. Bedauerlicherweise kommen allerdings gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund trotz beitragsfreier Kitajahre seltener in den Genuss eines längeren Kitabesuchs. Während 96 % der Kinder aus der oberen Sozialstatusgruppe länger als zwei Jahre eine Kita besuchen, trifft dies nur auf rund 72 % der Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu.
- Obwohl sich die **soziale Lage** der Familien mit Kindern im Einschulungsalter seit 2005 kontinuierlich verbessert hat, zeigt sich immer noch eine gesundheitliche Benachteiligung von Kindern aus Familien in schwieriger sozialer Lage. Der Anteil übergewichtiger (einschließlich adipöser) Kinder liegt berlinweit seit 2011 konstant unter 10 %. Allerdings sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien viermal so häufig übergewichtig wie Kinder aus sozial besser gestellten Familien. Auch in den Tests zur motorischen, kognitiven und sprachlichen Entwicklung zeigten Kinder aus Familien in ungünstiger sozialer Lage weit häufiger Auffälligkeiten. Wenngleich auch ein Kitabesuch von mehreren Jahren deutlich positive Effekte zeigt, kann er potentiell nachteilige familiäre Rahmenbedingungen nicht vollständig kompensieren.
- Die **sozialräumliche Betrachtung** der Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen zeigt eine Anhäufung sozialer und gesundheitlicher Problemlagen vor allem in den Prognoseräumen

Gesundbrunnen, Wedding, Kreuzberg Nord und Neukölln. Hier sind die Anteile von Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bzw. Familien mit sozialen Problemen oder ungünstigem Gesundheitsverhalten besonders hoch.

- Für **Kinder mit Migrationshintergrund** sind Deutschkenntnisse der Schlüssel für Integration, Teilhabe und erfolgreichen Schulbesuch. Erfreulicherweise werden die Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund mehrheitlich als genauso gut oder sogar besser eingeschätzt als die der sie begleitenden Elternteile. Auch hier zeigt sich ein großer Einfluss des Kitabesuchs. Von den Kindern mit Migrationshintergrund, die keine Kita besucht haben, sprechen 70,9 % nicht oder kaum Deutsch. Dagegen haben über drei Viertel der Kinder mit Migrationshintergrund und mehr als zwei Jahren Kitabesuch gute oder sehr gute Deutschkenntnisse.
- Auswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2014:
<http://www.berlin.de/sen/gesoz/gesundheits-und-sozialberichterstattung/gesundheitsberichterstattung-epidemiologie/grundauswertungen>

Rückfragen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 05.01.2016, 10:30 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:

KEINE NO-GO-AREAS

FÜR FRAUEN IN DEUTSCHEN STÄDTEN

Berlins Innensenator und Bürgermeister Frank Henkel erklärt zu massiven sexuellen Übergriffen auf Frauen in mehreren deutschen Städten in der Silvesternacht:

“Es ist unerträglich und zutiefst verstörend, wie kriminelle Sexbanden hier mitten in unserem Land Jagd auf Frauen machen konnten. Rechtsfreie Räume oder No-Go-Areas für Frauen darf es in deutschen Städten nicht geben. Da muss der Rechtsstaat mit aller Härte durchgreifen und die Betroffenen schützen.

Es sollte niemand so tun, als gäbe es in anderen Kontexten keine sexuelle Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Aber dieses massive Vorgehen, diese völlig enthemmte Treibjagd, das ist eine neue und extreme Dimension. Wenn solchen Exzessen nicht Einhalt geboten wird, dann spielt das nur Rechtsextremisten in die Hände. Wer Frauen derart erniedrigt oder als Beute betrachtet, der kann kein Teil unserer Gesellschaft sein. Diese Täter gehören hart bestraft und dort, wo es geht, auch abgeschoben.

Vergleichbare Fälle sind in Berlin bislang nicht bekannt, und wir würden sie auch nicht dulden. Sollte es jedoch irgendwo zu ähnlichen Übergriffen gekommen sein, dann kann ich die Betroffenen nur dringend darum bitten, diese zur Anzeige zu bringen.“

Pressemitteilung vom 08.01.2016, 09:50 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Wissenschaft

**BERLIN MACHT GEGEN
DISKRIMINIERUNG AN SCHULEN MOBIL –
Modellprojekt startet in Neukölln**

Anlässlich der Auftaktveranstaltung „Neuköllner Schulen: aktiv gegen Diskriminierung“ hat LIFE e.V. in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und dem Bezirksamt Neukölln das neue Modellprojekt Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) vorgestellt.

„Mit dem Modellvorhaben wird nach Möglichkeiten gesucht, um Formen von Diskriminierung zu erfassen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Es besteht durch das Projekt die große Chance, sowohl vorhandene Ansätze des Diskriminierungsschutzes bekannt zu machen als auch bedürfnisgerechte Lösungsstrategien abzuleiten. Ich freue mich, dass das Aktionsbündnis zum Diskriminierungsschutz an Neuköllner Schulen gegründet wird und damit das angestrebte Ziel einer diskriminierungsfreien Schule voranbringt“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres.

„Gerade in einem Bezirk wie Neukölln, der wie kaum ein anderer von Zuwanderung und dem Zusammenleben unterschiedlichster Ethnien geprägt ist, ist es wichtig, jeden Tag neu für ein friedliches Zusammenleben und gegen Diskriminierung einzutreten. Dies gilt insbesondere an den 60 Schulen im Bezirk, wo teilweise über 90 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund haben. Deshalb unterstützt das Bezirksamt das Modellprojekt zum Aufbau einer lokalen Antidiskriminierungsstelle. Diskriminierung muss für alle Beteiligten erkennbar gemacht werden, um ihr konsequent entgegenzutreten zu können. Die Schule ist für alle Heranwachsenden der über viele Jahre prägendste Erfahrungsraum. An diesem Ort diskriminierungsfrei lernen zu können, sollte ein selbstverständliches Ziel sein, dem sich alle stellen“, so Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey.

Studien zeigen: Diskriminierung gehört leider zum schulischen Alltag in Berlin und ist ein ernstzunehmendes Problem. Präventionsmaßnahmen wie Sensibilisierungstrainings reichen nicht aus, Diskriminierung zu verhindern. Für einen diskriminierungsfreien Schulalltag ist daher ein zusätzliches Beschwerde- und Schlichtungsmanagement nötig, das den betroffenen Personen im Ernstfall zur Seite steht. Dies wird auch von der Fachöffentlichkeit wie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes seit langem gefordert.

LIFE e.V. greift diesen Bedarf auf und wird in den folgenden zwei Jahren modellhaft eine unabhängige Anlauf- und Beschwerdestelle aufbauen, an die sich Betroffene wenden können. Parallel dazu wird in Neukölln in Kooperation mit dem Bezirksamt und der Schulaufsicht exemplarisch ein schulinternes Beschwerdemanagement entwickelt und erprobt werden. Aktive Eltern, Schüler/innen und zivilgesellschaftliche Akteur/innen vor Ort sind eingeladen, sich dem in diesem Rahmen gestarteten Aktionsbündnis zum Diskriminierungsschutz an Neuköllner Schulen anzuschließen. „Mit unserem Angebot wollen wir sicherstellen, dass auch an Schulen ein qualifiziertes Beschwerdemanagement gewährleistet ist, wie es im Erwerbsleben teilweise schon der Fall ist. Die Häufigkeit der Diskriminierungserfahrungen im Schulalltag macht dies umso notwendiger“, sagt Aliyeh Yegane, Projektleiterin im Projekt „Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen“ (ADAS) bei LIFE e.V.

Rückfragen: *Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers Tel.: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 11.01.2016, 10:48 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**MÜLLER NIMMT AM POLITISCHEN
SPITZENTREFFEN DER ODER-
PARTNERSCHAFT IN Breslau TEIL**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller nimmt vom 12. bis 13. Januar 2016 am Politischen Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft in Breslau teil. Das Treffen bildet den Auftakt des 25. Jubiläums des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages sowie des 10. Jubiläums der Oder-Partnerschaft. Teilnehmen werden die Ministerpräsidenten der deutschen Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie Wojewoden und Marschälle der polnischen Wojewodschaften Großpolen, Lubuskie, Niederschlesien und Westpommern. Begleitet wird der Regierende Bürgermeister von der Europabeauftragten, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper.

Müller wird in Breslau zum deutsch-polnischen Eisenbahnverkehr sprechen und das Projekt „Kulturzug“ vorstellen. Das Land Berlin finanziert gemeinsam mit Brandenburg und der Wojewodschaft Niederschlesien über die Sommermonate einen „Kulturzug“ von Berlin nach Breslau, der europäischen „Kulturhauptstadt 2016“. An Wochenenden und Feiertagen können dann Interessierte zum Preis von 19 Euro für eine einfache Fahrt die europäische Kulturhauptstadt 2016 besuchen.

Müller: „Kultur bewegt die Menschen – in einem übertragenen Sinne. Gute Verkehrsverbindungen tun es ganz konkret. Und im Idealfall führt die Kombination

von attraktiven Kulturangeboten und guten Verkehrsverbindungen zu Begegnungen. In diesem Sinne schaffen wir im Jahr der Kulturhauptstadt Breslau mit unserem ‚Kulturzug‘ wichtige Voraussetzungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Oderregion.“

In den vergangenen Jahren haben wir in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Polen wichtige Erfolge erzielt, etwa bei der gemeinsamen touristischen Vermarktung der Oderregion. So stellen Touristinnen und Touristen aus Polen 13,2 % aller ausländischen Gäste in Berlin dar, Tendenz steigend. Polen ist Berlins zweitwichtigster Exportpartner. Dabei erstreckt sich die Zusammenarbeit in der Oder-Partnerschaft auf Wirtschaftsbereiche wie Photonik, Mode und Computerspiele.

Weitere Projekte gibt es in den Bereichen Archive, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit und Bildung. Ein wichtiges Thema beim Spitzentreffen wird außerdem das „Gemeinsame Zukunftskonzept Oderregion 2030“ sein. So soll erstmals eine gemeinsame Karte der Region der Oder-Partnerschaft erstellt werden. Hiervon können wichtige Impulse für die Weiterentwicklung ausgehen. Dazu Müller: „Wir wollen die Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft ausbauen. Die vielen einzelnen Projekte stehen beispielhaft für die gewachsenen Beziehungen zwischen den Menschen über die nationalen Grenzen hinweg. Berlin liegt im Herzen Europas und profitiert nicht nur von der zunehmenden Verflechtung der Wirtschaftsregion, sondern auch von der Vernetzung im gesellschaftlichen Bereich. Die Oder-Partnerschaft voranbringen bedeutet auch, die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohnern in dieser europäischen Region zu verbessern.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 11.01.2016, 13:17 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Wissenschaft
Für Flüchtlingsprojekte:
HOCHSCHULEN ERHALTEN IM JAHR 2016
ÜBER 900.000 EURO

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft stellt den Berliner Hochschulen für das Jahr 2016 über 900.000 Euro für Projekte für Geflüchtete zur Verfügung, die ein Studium aufnehmen wollen. „Viele der nach Berlin Geflüchteten haben bereits in ihrem Heimatland studiert oder eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Wir wollen ihnen ermöglichen, in Berlin zu studieren“, so Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres.

Der größte Teil der Mittel (rund 530.000 Euro) wird für Maßnahmen verwendet, mit denen die Geflüchteten auf ein Studium vorbereitet werden oder mit denen vorhandene Lücken bei den Hochschulzugangsvoraussetzungen geschlossen werden können. Dazu zählen vor allem die Erweiterung der Angebote der Studienkollegs sowie Sprachkurse. Die Studienkollegs bieten spezielle Kurse für Flüchtlinge an, in denen ihnen die für ein Studium erforderlichen Kenntnisse vermittelt werden. Integriert in diese Kurse ist eine intensive Sprachausbildung. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Unterstützung eines erfolgreichen Studiums wie Brückenkurse, Beratungsangebote sowie Mentoringprogramme (rund 320.000).

„Mit dem jetzt aus Landesmitteln bewilligten Maßnahmenpaket liegt Berlin deutschlandweit mit vorn. Darüber hinaus werden wir generell die Gasthörergebühren für Geflüchtete übernehmen. Zudem haben wir bereits die Finanzierung weiterer Initiativen in Aussicht gestellt, so dass sich der Umfang der für das Jahr 2016 aus Landesmitteln zur Verfügung gestellten Mittel noch weiter erhöhen wird. Mein besonderer Dank gilt den Berliner Hochschulen, die so schnell Projekte für Geflüchtete auf die Beine gestellt haben“, so Scheeres.

Scheeres abschließend: „Wir wünschen uns jetzt, dass der Bund seine angekündigte Unterstützung für Flüchtlingsprojekte in die Tat umsetzt. Damit könnten die Berliner Hochschulen ihre Initiativen noch erweitern.“
Rückfragen: Pressesprecher für Wissenschaft, Thorsten Metter Tel.: (030) 90227 - 5846

Pressemitteilung vom 12.01.2016, 13:09 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**VEREINFACHTE UND SCHNELLERE
GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR DEN BAU
VON FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE
IN MODULARER BAUWEISE**

Aus der Sitzung des Senats am 12. Januar 2016:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage des Senators für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, den Entwurf des Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) zur Kenntnis genommen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt künftig für die Baugenehmigungen der modularen Unterkünfte für Flüchtlinge zuständig ist. Die Gesetzesänderungen sollen vor allem die Baugenehmigungsverfahren für Flüchtlingsunterkünfte in modularer Bauweise vereinfachen und beschleunigen.

Senator Geisel: „Menschen in Not brauchen unsere schnelle Hilfe. Der Bau von Unterkünften in modularer Bauweise ist ein wichtiger Baustein bei der Flüchtlingsunterbringung. Dafür müssen wir die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Durch die Konzentration der Aufgaben bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird dies möglich sein.“

Unterkünfte in modularer Bauweise werden künftig nicht nur vom Land Berlin, sondern auch von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH gebaut. Durch die Bündelung der Verfahren und die alleinige Zuständigkeit der Obersten Bauaufsicht bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt werden die Planungsphasen verkürzt, die Bezirke entlastet und den bedürftigen Menschen schneller geholfen. Die bisherigen bauordnungsrechtlichen und planungsrechtlichen Genehmigungsverfahren in den Bezirken entfallen. Die einheitliche Verfahrensweise schafft Klarheit und vereinfacht das Antragsverfahren.

Vor Beschlussfassung durch den Senat und Einbringung beim Abgeordnetenhaus wird der Gesetzentwurf nun dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme vorgelegt.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Telefon: (030) 9025-1090

Pressemitteilung vom 12.01.2016, 09:30 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
**Wiederaufnahmeförderung:
BEWERBUNGEN FÜR PROJEKTE
IM 2. HALBJAHR 2016 MÖGLICH**

Frist: **15.02.2016**

Die Berliner Kulturverwaltung gibt bekannt, dass sich Berliner Künstlerinnen und Künstler sowie Freie Berliner Gruppen bis zum 15. Februar 2016 um eine Wiederaufnahmeförderung bewerben können. Institutionen, die insbesondere für und mit der Freien Szene Berlins arbeiten, sind ebenfalls antragsberechtigt.

Die Wiederaufnahmeförderung steht allen Kunstsparten zur Verfügung. Gefördert werden Wiederaufnahmeprozesse (Proben und Aufführungen) von Einzel- und Gruppenprojekten. Ziel ist es, die bestehenden und erfolgreichen Produktionen der Freien Berliner Szene einem größerem Publikum zugänglich zu machen und die Entwicklung der Produktionen bzw. Künstlerinnen und Künstler damit nachhaltiger zu fördern. Es kann eine Unterstützung für Wiederaufnahmen, die im 2. Halbjahr 2016 realisiert werden, beantragt werden. Für Projekte, die im 1. Halbjahr 2017 beginnen, wird es zum 15. August 2016 eine gesonderte Antragsfrist geben. Die maximale Antragssumme beträgt 20.000 € pro Projekt. Nähere Informationen zu diesem Programm sind auf der Internetseite der Berliner Kulturverwaltung zu finden.

Die Vergabe der Mittel erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen einer Jury.

Die Antragsstellung ist elektronisch. Sofern es erforderlich ist, ist eine zusätzliche Abgabe des Dokumentationsmaterials möglich. Der Link zum Online-Formular sowie das Informationsblatt zur Ausschreibung können im Internet unter <http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramm/wiederaufnahmefoerderung/> aufgerufen werden.

Bewerber/innen, denen eine Online-Bewerbung nicht möglich ist, können ggf. die Bewerbungsunterlagen wie bisher in schriftlicher Form einreichen. Die Antragsformulare können u.a. per E-Mail angefordert werden.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Ligges (alle Kunstsparten) oder an Frau Razlag (für den Bereich der Ersten Musik und Chorprojekte) unter folgenden Telefonnummern bzw. E-Mail-Adressen: Tel. Nr.: 90228 – 711 (Frau Ligges),
E-Mail: mareike.ligges@kultur.berlin.de
oder
Tel. Nr.: 90228 – 713 (Frau Razlag),
brigitte.razlag@kultur.berlin.de

Rückfragen: Lars Banners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 13.01.2016, 08:47 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Berliner unter den Opfern in Istanbul –
 MÜLLER VERURTEILT ANSCHLAG**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat den gestrigen Anschlag in Istanbul als abscheuliches Verbrechen bezeichnet und sich bestürzt über die zu beklagenden Opfer gezeigt.

Müller: „Ich bin erschüttert, dass auch zu Beginn dieses Jahres der Terror um sich greift. Diesmal müssen wir auch Opfer aus Berlin beklagen. Nach bisherigem Stand ist bei dem Anschlag an der Blauen Moschee im Herzen Istanbuls ein Berliner ums Leben gekommen. Eine Frau aus Berlin wurde schwer, ein Mann leicht verletzt. Was für die Touristen als interessantes Urlaubserlebnis begann, endete in Tod, Trauer und Schmerz. Nichts und niemand kann diese Tat rechtfertigen. Unsere Trauer ist groß, aber dennoch sind wir gerade jetzt gefordert, in dieser Situation, gegenzuhalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Terror unser Leben bestimmt.“

Wir müssen diesen Terrorangriffen immer wieder beherzt entgegentreten. Wir sind aufgerufen, unsere Freiheit zu verteidigen. Jeder kann seinen Beitrag leisten, den Terror zu ächten. Wenn wir weiter unser Leben leben, Reisen machen, die Welt erkunden, dann wird der Terror sein eigentliches Ziel nicht erreichen.

Nach diesem Anschlag an der Blauen Moschee steht Berlin in Solidarität an der Seite seiner Partnerstadt Istanbul. In meinen Gedanken bin ich bei den Verletzten und Getöteten dieses feigen Anschlags und bei ihren Angehörigen, die nun schweres Leid tragen müssen. Den Verletzten wünsche ich eine baldige und vollständige Genesung.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 12.01.2016, 17:05 Uhr
 Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:
**EINE WOHNSTAUFLAGE
 FÜR FLÜCHTLINGE SORGT FÜR EINE
 GERECHTERE LASTENVERTEILUNG**

**Berlins Innensenator Frank Henkel begrüßt das
 Umdenken in der SPD für eine Wohnsitzauflage für
 Flüchtlinge:**

„Großstädte wie Berlin werden überproportional belastet, wenn Flüchtlinge nicht in den Ihnen zugewiesenen Wohnorten verbleiben und stattdessen unkontrolliert in die Städte gehen. Zudem werden Engpässe bei der

Unterbringung dadurch genauso gefördert wie soziale Spannungen innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte.“

Eine faire Steuerung der Flüchtlinge kann aber nur durch eine Zuweisung an einen Wohnort erfolgen. Dies gibt allen Kommunen und Städten in Deutschland Planungssicherheit und gewährt insbesondere den Ballungszentren den dringend nötige flüchtlingspolitische Entlastung.

Durch eine Wohnsitzauflage für Flüchtlinge wird darüber hinaus die Erreichbarkeit und nötigenfalls Kontrolle des Aufenthaltsortes durch staatliche Behörden erleichtert.

Die auf Betreiben der SPD im Dezember 2014 bundesweit eingeführte Lockerung der Residenzpflicht für Asylsuchende und geduldete Ausländer hat sich angesichts der hohen Flüchtlingszahlen nicht bewährt. Mit dem nun einsetzenden Umdenken ist der Weg frei, einen Beschluss des CDU-Bundesparteitages zügig umzusetzen.“

Pressemitteilung vom 12.01.2016, 16:55 Uhr
 Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Aufenthaltsrecht –
 HENKEL BEGRÜSST
 GEPLANTE VERSCHÄRFUNGEN**

**Berlins Innensenator Frank Henkel hat die Einigung
 der Bundesregierung zur schnelleren Ausweisung
 straffällig gewordener Ausländer als “richtige und
 notwendige Entscheidung” begrüßt.**

Die geplante Regelung sieht vor, dass Ausländer bereits dann das Land verlassen müssen, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden. Dabei ist unerheblich, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Bisher lag die Grenze bei einer Freiheitsstrafe von drei Jahren.

Henkel: “Diese Einigung schafft Klarheit und ist ein Beitrag, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken. Niemand soll denken, dass er in unserem Land Schutz genießt und dennoch ohne gravierende Folgen Straftaten begehen kann. Es ist richtig, dass sich unser Land entschlossen zeigt, auf schwere Straftaten angemessen zu reagieren.“

Pressemitteilung vom 14.01.2016, 11:01 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Senatsklausur:

**DIE WACHSENDE STADT
 WEITER VORANBRINGEN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Berliner Senat wird weiter an der Gestaltung der Wachsenden Stadt arbeiten. Dazu hat der Senat im Doppelhaushalt 2016/ 2017 die finanziellen Grundlagen gelegt. Dieses Papier gibt einen Ausblick über einige ausgewählte Maßnahmen, die bis Herbst 2016 umgesetzt werden.

Stadtentwicklung:

Die Planungen für das Kulturforum, zum Umgang mit der historischen Mitte (Dialogprozess Berliner Mitte) und für die Europacity werden fortgeführt.

Wohnungspolitik:

Der Ankaufprozess bundeseigener Wohnungen von der BIMA wird fortgeführt, für 2/3 des Ankaufbestandes ist der Abschluss von Kaufverträgen für Ende Mai 2016 beabsichtigt. In den kommenden 10 Jahren werden 100.000 zusätzliche kommunale Wohnungen entstehen, dabei wird auch der soziale Wohnungsbau erheblich verstärkt. Auf zusätzlichen Wohnungsbauflächen sollen 10 neue Siedlungen für 50.000 Wohnungen entwickelt werden. Außerdem soll durch offensive Bekämpfung der Zweckentfremdung Wohnraum zurückgewonnen werden.

Verkehrspolitik:

Die Verkehrlenkung wird neu aufgestellt, dafür werden Veränderungen des Zuständigkeitskataloges zum ASOG vorgenommen. Der Masterplan Parken wird aus dem Stadtentwicklungsplan Verkehr heraus entwickelt und im 2. Quartal 2016 vorgelegt.

Bildungs- und Jugendpolitik:

Die Schulsanierung wird weitergeführt und die Einrichtung mobiler Ergänzungsbauten vorangetrieben. Die Integrationsarbeit in den Willkommensklassen der Schulen und in den Kitas wird deutlich ausgebaut.

Die Auswahl der Standorte für vier weitere Kinderschutzambulanzen sowie die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung hierzu werden noch im ersten Quartal 2016 erfolgen.

Das Projekt Jugendberufsagentur wird weitergeführt; weitere Standorte werden eröffnet und die Berufsorientierung in den Gymnasien und den Integrierten Sekundarschulen wird weiter verbessert.

Gesundheits- und Sozialpolitik:

Nach Abschluss des Dialogprozesses 80plus wird die Rahmenstrategie zur Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung hochaltriger Menschen vorgestellt.

Die Stadtteilzentren werden ausgebaut und die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe konkretisiert.

Die Grundsatzvereinbarung zur Kooperation zwischen dem deutschen Herzzentrum Berlin und der Charité wird umgesetzt und der dritte Teil des Ergebnisberichtes zur Evaluation des ÖGD vorgelegt. Der Staatsvertrag mit Brandenburg über Einrichtung und Betrieb eines klinischen Krebsregisters soll noch vor der Sommerpause in Kraft treten. Der Senat wird dem Abgeordnetenhaus außerdem zu Anfang des Jahres einen Entwurf zur Ablösung des derzeitigen Gesetzes für psychisch Kranke unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundesgerichtshofes vorlegen.

Arbeitsmarktpolitik/Integrationspolitik:

Das gemeinsame Rahmenarbeitsmarktprogramm des Landes Berlin und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg wird fortgeschrieben und ein Projekt zur Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgelegt.

Die Programme ‚Jobcoaching‘ und ‚Integrationslotsen und -innen‘ werden ausgebaut und ausgeweitet. Zur Erleichterung besonders schwieriger Verfahren der Anerkennung beruflicher Qualifikationen wird ein Härtefallfonds eingerichtet.

Ein zentrales Vorhaben des Senats ist zudem die Einrichtung eines Willkommenszentrums. Das Willkommenszentrum soll auf bestehende Strukturen aufbauen, insbesondere in den Bezirken, diese strategisch bündeln und als Anlaufstelle für alle Neuzuwanderinnen und -wanderer funktionieren. Es nimmt die Anforderungen der Wachsenden Stadt und des Fachkräftebedarfs auf.

Innen- und Sportpolitik:

Die Anpassung der Besoldung an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer wird auch in diesem Jahr konsequent fortgesetzt.

Mit der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes wird unter anderem der Einsatz von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern in Berlin zur Professionalisierung der notfallmedizinischen Versorgung geregelt.

Zur Erhöhung der Sicherheit der Berliner Bevölkerung soll zudem eine Rechtsgrundlage für einen Modellversuch zur Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere an öffentlichen Plätzen, geschaffen werden.

Die Sportmetropole Berlin wird auch in diesem Jahr wieder Gastgeber zahlreicher nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen, wie beispielsweise der German Open im Tischtennis und den Deutschen Meisterschaften im Schwimmen, sein.

Justiz:

Der Senat verstärkt die Strafverfolgung von jugendlichen Intensivtätern. Ende April wird der Senat zudem die Handlungsbedarfe im Bereich drohender und praktizierter „Paralleljustiz“ darstellen und Maßnahmen zur Bekämpfung vorschlagen.

Wirtschaft:

Der Senat schafft mit seinem Konzept „Berlin 4.0“, das im Februar beraten werden soll, die Rahmenbedingungen für einen modernen Innovations- und High-

Techstandort Berlin. Konkrete Projekte der Digitalstrategie und der Smart City Strategie werden in 2016 umgesetzt.

Noch im ersten Quartal wird sich der Senat auf Grundlage des Senatsbeschlusses vom 30. Juni 2015 mit der Zukunft des ICC beschäftigen, auch um den wachsenden Messe- und Kongressstandort Berlin zu flankieren. Die Erschließung von Industrie und Gewerbeflächen wird zügig vorangetrieben, um den wachsenden Bedarfen von Investoren Rechnung zu tragen. Außerdem wird die Umsetzung des Aktionsprogramms Handwerk sowie der Vergaberechtsreform weiter fortgesetzt. Die Kontrollgruppe wurde bereits erweitert.

Finanz- und Haushaltspolitik:

Der Senat wird 2016 seine Finanzplanung bis 2020 vorlegen. Außerdem wird er ein „Sondervermögen für Daseinsvorsorgegrundstücke“ schaffen, um die neue Liegenschaftspolitik zu unterstützen. Der industrielle Dialog mit den Anteilseignern der Gasag wird auf Basis des Senatsbeschlusses vom 10. November 2015 zum Abschluss gebracht. Das Konzessionsverfahren Strom wird ebenso fortgesetzt wie die Konzipierung einer Energiewendeplattform.

Regierender Bürgermeister/ Kulturpolitik:

Für den Regierenden Bürgermeister stehen im ersten Halbjahr der Abschluss der Beratungen zum Länderfinanzausgleich und der Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag im Vordergrund. Außerdem sollen in 2016 der Abschluss des 20. Rundfunkänderungsstaatsvertrages erreicht und die Verhandlungen zum Glücksspielstaatsvertrag begonnen werden.

Die Stärkung der Kulturpolitik des Landes wurde mit dem Beschluss des Doppelhaushalts dokumentiert. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen wird mit Hochdruck vorangetrieben.

Neben den fortlaufenden Bemühungen um die Sicherung und Schaffung von Ateliers und Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler stehen im ersten Halbjahr 2016 die Standortfestlegung für einen Neubau der Zentral- und Landesbibliothek, die Stärkung der Freien Szene u.a. durch die Vergabe der Mittel aus der City Tax sowie die Förderung der digitalen Infrastruktur von Kulturinstitutionen im Vordergrund.

Ergänzendes Bürgeramt:

Kurzfristig wird eine Organisationsuntersuchung in vier ausgewählten Bürgerämtern durchgeführt. Im Lichte der Ergebnisse der Untersuchung wird die Personalstruktur der Bürgerämter angepasst. Der Senat stellt den Bezirken vorab 25 Beschäftigungspositionen bereit (zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 25 BePos für Flüchtlingsangelegenheiten).

Diese werden in einem ergänzenden bezirklichen Bürgeramt eingesetzt, das insbesondere die Meldestelle für die neuankommenden Geflüchteten darstellt. Dieses ergänzende Bürgeramt steht auch für alle Berlinerinnen und Berliner für ausgewählte Dienstleistungen (z.B. Ausweispapiere, Meldeangelegenheiten) offen. Hierdurch wird auch ein Beitrag zur Bewältigung des Terminstaus geleistet.

Personalentwicklung

Gute Versorgung, menschenwürdige Unterbringung, leistungsfähigere Strukturen

Masterplan Integration und Sicherheit

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Pressemitteilung vom 13.01.2016, 16:20 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Neue Bevölkerungsprognose für Berlin –
 DIE STADT
 WIRD WEITER DEUTLICH WACHSEN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, hat in der Senatsklausur die neue Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015 – 2030 vorgestellt.

Danach wird Berlins Bevölkerung bis zum Jahr 2030 um 265.000 Personen von 3,562 Mio. Personen (31. Dezember 2014) auf dann 3,828 Mio. Personen wachsen (mittlere Variante). Dies entspricht stadtweit einer Zunahme von 7,5 Prozent.

Weitere Ergebnisse der Bevölkerungsprognose, die auf Basis des Einwohnerregisters erstellt wurde, sind:

- Berlin wird älter werden. Das Durchschnittsalter erhöht sich im Prognosezeitraum von 42,9 auf 44,3 Jahre.
- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wird um knapp 15 Prozent zunehmen.
- Die Gruppe der erwerbsfähigen Personen, d.h. zwischen 18 und unter 65 Jahre, wird in etwa stabil bleiben.
- Die Zahl der älteren Menschen (ab 65 Jahre) wird insgesamt bis zum Jahr 2030 um etwa ein Viertel zunehmen, die der Hochbetagten (80 Jahre und älter) um etwa 66 Prozent.
- Der am stärksten wachsende Bezirk ist Pankow, gefolgt von Lichtenberg und Reinickendorf.

Differenziertere Angaben zur Entwicklung in den Bezirken sind im Anschluss tabellarisch dargestellt.

Im Anschluss an die vorliegenden Prognoseergebnisse für Berlin und die Bezirke werden die Daten kleinräumig für die 60 Prognoseräume aufbereitet, in die Berlin gegliedert ist. Diese kleinräumigen Daten werden voraussichtlich ab Anfang Februar 2016 den Senats- und Bezirksverwaltungen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Bevölkerungsprognose wird dem Abgeordnetenhaus und dem Rat der Bürgermeister zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Senator Andreas Geisel: „Berlin verändert sich, und das ist gut für die Stadt. Das Bevölkerungswachstum ist eine Chance, die wir alle gemeinsam nutzen sollten. Wir werden Berlin sozial gerecht und nachhaltig gestalten, indem wir mehr Wohnungen bauen, mehr Kitas und Schulplätze sowie neue Arbeitsplätze schaffen. Wir werden Busse und Bahnen modernisieren und in die Infrastruktur der Stadt investieren. Die neuen Zahlen der Bevölkerungsprognose sind die Basis, um die notwendigen Anforderungen genauer zu beziffern.“

Die Bevölkerungsprognose wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erarbeitet. Die Wanderungsannahmen, die sich auf das Berliner Umland beziehen, sind mit dem Land Brandenburg abgestimmt.

Die Fachplanungen sind gefragt, die Flüchtlingsbewegungen und die Ergebnisse der Bevölkerungsprognose im Hinblick auf den Fortschreibungs- und Aktualisierungsbedarf auszuwerten. Auch für weitere Akteure bieten die Ergebnisse vielfältige Anknüpfungspunkte. Hierzu zählen die städtischen Wohnungsbau- und Entwicklungsgesellschaften ebenso wie die Wirtschaftsunternehmen.

Die außerordentlich starke Zunahme der Asylsuchenden seit dem Sommer 2015 wirkt sich zusätzlich zu den ermittelten Ergebnissen der Bevölkerungsprognose auf die Einwohnerzahl Berlins aus. Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen lässt sich nicht prognostizieren. Für die Jahre 2015 und 2016 wurden daher stadtweit Schätzwerte zu den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose aufgeschlagen.

Eine Szenario-Betrachtung kommt zum Ergebnis, dass für den Zeitraum zwischen 2015 und 2020 zwischen 94.000 und 174.000 Flüchtlinge im Saldo zusätzlich zu den in der Bevölkerungsprognose ausgewiesenen Ergebnissen zu erwarten sein könnten. Damit könnte sich Berlins Einwohnerzahl im Jahr 2020 auf bis zu 3,846 - 3,926 Mio. Personen belaufen.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Telefon: (030) 9025-1090

Pressemitteilung vom 14.01.2016, 09:40 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
NEUER KOMMISSARISCHER PRÄSIDENT
DES LANDESAMTES FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) hat einen neuen kommissarischen Präsidenten. An der Spitze des Landesamtes wird Dr. Sebastian Muschter stehen. Der gelernte Diplom-Kaufmann war zuletzt für das Beratungsunternehmen McKinsey & Company tätig.

Sozialsenator Mario Czaja erklärt: „Ich bin zufrieden, dass der Senat mit dieser Personalentscheidung meinem Vorschlag gefolgt ist. Mit dieser Wahl hat sich der Senat für einen Mann entschieden, der durch seine Beratungstätigkeit im LAGeSo und bei der Fachaufsicht meiner Verwaltung in den vergangenen Monaten bereits umfassende Kenntnisse im Flüchtlingsmanagement erworben hat und mit den Strukturen und Tätigkeitsfeldern des LAGeSo damit vertraut ist. Eine Einarbeitungszeit wird Dr. Muschter daher nicht brauchen und vom ersten Tag an seine wichtige Leitungstätigkeit ausüben können.“

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird Dr. Muschter von einem Kompetenzteam unterstützt, um schnellstmöglich grundsätzliche Verbesserungen der Strukturen und Arbeitsabläufe im LAGeSo durchzusetzen. Dieses „Kriseninterventionsteam“ wird aus vier zusätzlichen Führungskräften im Leitungsbereich des LAGeSo bestehen.

Dr. Sebastian Muschter hat an der Universität Siegen studiert und erwarb 1999 an der Schweizer Universität St. Gallen den Dokortitel im Fach Informationsmanagement. Nach sechs Jahren beruflicher Tätigkeit in den USA stieg er 2004 bei der internationalen Beraterfirma McKinsey & Company ein. Dort ist er derzeit für die Praxisarbeit im Öffentlichen Sektor in Deutschland zuständig.

Rückfragen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 15.01.2016, 10:00 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
JAZZFÖRDERUNG 2016 AUSGESCHRIEBEN

Frist: **16.02.2016**

Für das Jahr 2016 bietet die Berliner Kulturverwaltung wieder diverse Förderungen für Berliner Musikgruppen bzw. Musiker/innen aller Stilrichtungen im Bereich Jazz an. Das Förderungsangebot umfasst

- 1) die Projektförderung
- 2) die Tourneeförderung
- 3) die Vergabe von Stipendien (einschließlich Stipendien für Audio- und Videoproduktionen)

Projektförderungen können direkt oder indirekt erfolgen, das heißt Anträge können sowohl von den Musikerinnen/Musikern selbst für in eigener Verantwortung organisierte Projekte gestellt werden, aber auch von Dritten (z. B. Veranstaltern, Clubs, Vereinen, Agenturen u. a.), wenn deren Vorhaben den oben genannten Personenkreis im besonderen Maß berücksichtigen.

Alle übrigen Förderungen dienen ausschließlich der direkten Förderung von Berliner Musikgruppen bzw. Musikerinnen und Musikern und können nur von diesen selbst beantragt werden.

Im Rahmen der Tourneeförderung werden für die Durchführung von Inlandstourneen in besonderen Einzelfällen Reisekostenzuschüsse vergeben.

Stipendien werden für zeitlich begrenzte musikalische Vorhaben, die der persönlichen künstlerischen Weiterentwicklung bzw. Vervollkommnung dienen, gewährt. In Betracht kommen hier beispielsweise Kompositionsvorhaben größeren Umfangs, selbst organisierte Auslandsaufenthalte zum Zwecke des Einzelunterrichtes bei international anerkannten Musikerinnen/Musikern, der Besuch von renommierten Lehrgängen, die Durchführung von Studienreisen und ähnliches. Darüber hinaus werden Stipendien auch für Audioproduktionen in einem Tonstudio eigener Wahl sowie für die Produktion von Video-Clips vergeben.

Stipendien können für alle genannten Vorhaben in Höhe von 2.000,- €, 4.000,- €, 6.000,- € oder 8.000,- € beantragt werden.

Alle fristgerecht eingehenden Anträge werden einem unabhängigen Fachbeirat zur Beurteilung vorgelegt.

Weitere Informationen über das Antrags- und Vergabeverfahren sowie die zu verwendenden Antrags- und Bewerbungsformulare sind im Internet zu finden unter: <http://www.kultur.berlin.de>

Für alle genannten Förderungsprogramme (außer Tourneeförderungen) sollten die Anträge möglichst online ausgefüllt und eingereicht werden.

Die Ausschreibungsunterlagen können außerdem telefonisch bei der Berliner Kulturverwaltung unter der Telefonnummer (030) 90 228 - 755 angefordert werden.

Die Antrags- bzw. Bewerbungsfrist für alle oben genannten Förderungen endet am 16. Februar 2016.
Rückfragen: Lars Bahners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 18.01.2016, 12:59 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit:
KOSTENLOSE PUBLIKATIONEN
FÜR SCHÜLER, AUSZUBILDENDE,
STUDIERENDE U.A.

Das Kuratorium der Landeszentrale hat in seiner Sitzung im Dezember beschlossen, die Abgabeordnung zu verändern, sodass einige Gruppen von den Gebühren für Publikationen freigestellt werden: Personen bis 18 Jahre, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende, Wehrpflichtige, Teilnehmende an Freiwilligendiensten und Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe werden ab sofort von der Bereitstellungsgebühr der Landeszentrale befreit. Ebenso freiwillig Engagierte wie Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleitercard und der Berliner Ehrenamtskarte.

„Seit 2004 erheben wir als Landeszentrale eine Bereitstellungspauschale. Auch wenn diese mit 3 bis 7 Euro nicht besonders hoch ist, mussten wir feststellen, dass vor allem Jugendliche und auch andere Menschen unser Angebot seitdem weniger nutzen“, so der Leiter der Landeszentrale Thomas Gill. „Angesichts der positiven Erfahrungen mit Bücheraktionen in den letzten beiden Jahren gehen wir davon aus, dass unser Angebot künftig wieder die Berlinerinnen und Berliner besser erreichen wird“.

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit stellt der Berliner Bevölkerung über 400 Publikationen zu aktuellen politischen Themen bereit. Eine breite Vielfalt von Sach- und Fachbüchern, Bildbänden, Belletristik, Kinderbüchern, Biografien, politischen Reiseführern, Lernmaterialien, Gesetzestexten, CDs und DVDs zu aktuellen und historischen Themen stehen zur Verfügung.

Zu den Themen Flucht und Asyl, Radikalisierungsprävention und Populismus, Datenschutz im Internet und Fachfragen der politischen Bildung gibt es seit Anfang Januar druckfrische Publikationen. Das gesamte Angebot ist auf der Internetseite der Landeszentrale einsehbar.

Die Publikationen können im Besucherzentrum der Landeszentrale An der Urania 4-10 (ab Ende Februar am neuen Standort im Amerika Haus direkt am Bahnhof Zoologischer Garten) eingesehen und abgeholt werden.

Rückfragen: *Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers* *Tel.:* (030) 90227 - 5843, Telefon: (030) 90227 - 5843

Pressemitteilung vom 18.01.2016, 12:00 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
**VERGABE VON MUSIKÜBUNGSRÄUMEN
FÜR POP- UND JAZZ-MUSIKER/INNEN**

Frist: **16.02.2016**

Die Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten vermittelt mit öffentlichen Mitteln ausgebaute Übungsräume an kreativ arbeitende Berliner Musikgruppen bzw. Musiker/innen.

Es werden insgesamt 6 Räume, von denen einer auch über einen behindertengerechten Zugang verfügt, in der Baruther Str. 20 in Berlin-Kreuzberg angeboten. Die Räume sind jederzeit zugänglich und rund um die Uhr nutzbar.

Für die Vergabe der Räume wird von der Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten ein unabhängiger Beirat berufen, der aus 4 Personen, davon 2 Musiker/innen, aus den Bereichen Pop und Jazz besteht.

Das Objekt wird von der Gesellschaft für StadtEntwicklung gGmbH (GSE) treuhänderisch für das Land Berlin bewirtschaftet. Für die Nutzung der Übungsräume ist ein Mietvertrag mit der GSE abzuschließen. Eine Untervermietung ist nicht zulässig. Die zu entrichtende Miete wird eine Kostenmiete nicht übersteigen. Die Vergabe der Musikübungsräume erfolgt für die Dauer von zunächst 2 Jahren. Nach Ablauf von 2 Jahren kann eine Verlängerung um maximal 2 weitere Jahre erfolgen, wenn der Vergabebeirat die weitere Förderungswürdigkeit der Musiker/innen bzw. Gruppe bestätigt.

Die Bewerbungsfrist endet am 16. Februar 2016. Es besteht die Möglichkeit, das Objekt und einen Beispielraum vorab am 29.01.2016 in der Zeit von 15.00 bis 16.00 Uhr zu besichtigen.

Weitere Informationen über das Antrags- und Vergabeverfahren sowie die zu verwendenden Antrags- und Bewerbungsformulare sind im Internet zu finden unter: <http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramme/musik/artikel.82488.php>

Die Ausschreibungsunterlagen liegen außerdem im Dienstgebäude der Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten in der Brunnenstr. 188 – 190 in Berlin-Mitte aus oder können telefonisch unter der Telefonnummer (030) 90 228 - 755 angefordert werden.
Rückfragen: Lars Bahners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 19.01.2016, 13:06 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
**Personal für die wachsende Stadt:
MEHR STELLEN
FÜR HAUPTVERWALTUNG UND BEZIRKE**

Aus der Sitzung des Senats am 19. Januar 2016:

Angesichts des anhaltend starken Bevölkerungswachstums wird Berlin die Zahl der Landesbeschäftigten erhöhen. So sieht der Doppel-Haushalt 2016/2017 umfangreiche neue Stellen vor. Daneben ist eine Ausweitung des Personals in den Bezirken und Bürgerämtern vorgesehen. Auch die landeseigenen Unternehmen erhöhen die Zahl ihrer Beschäftigten. Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen stellte die Zahlen in der heutigen Senatssitzung vor.

Kollatz-Ahnen: „Selbst laut konservativer Bevölkerungsprognose entwickelt sich Berlin innerhalb der kommenden 10-15 Jahre zur Vier-Millionen-Metropole. Das Wachstum ist Ausdruck der Attraktivität Berlins. Zugleich macht es eine leistungsfähige und flexible Verwaltung erforderlich. Hierfür trägt der Senat mit dem im Doppelhaushalt verabschiedeten Stellenzuwachs sowie der bedarfsgerechten Aufstockung in den Bezirken Sorge. Mit ihrer vorausschauenden Personalpolitik werden auch die landeseigenen Unternehmen dem erfreulichen Wachstum der Stadt gerecht.“

Der Haushaltsentwurf des Senats hatte noch 3.400 neue Stellen für die Hauptverwaltung vorgesehen. Im verabschiedeten Doppel-Haushalt beläuft sich die Zahl jetzt auf insgesamt rund 4.100 neue Stellen, davon 3.115 in 2016 und weitere 974 in 2017. Die Stellen verteilen sich insbesondere auf die Schwerpunkte Bildung, Sicherheit, Asyl- und Ausländerangelegenheiten sowie Strafverfolgung. So sollen 1.170 Stellen für Lehrkräfte (einschließlich pädagogischer Unterrichtshilfen) und rund 300 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen werden. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) hat mit heutigem Stand seit 2015 und wird bis einschließlich 2017 366 neue Stellen erhalten. Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) erhält weitere 162,5 Stellen. Die Polizei wird um insgesamt 491 Stellen aufgestockt, davon 285 Stellen im Polizeivollzug, 139 Stellen im vollzugsnahen Polizeidienst sowie 67 Stellen in der Verwaltung der Polizei.

Für die Bezirke ist bislang ein Mehrbedarf von 437 Stellen für die Jahre 2016 und 2017 vorgesehen, vor allem in den stark wachsenden Bezirken Mitte, Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. Damit steigt die Gesamtzahl der in den Bezirken seit 2013 neugeschaffenen Stellen auf insgesamt 1.037 an. Dazu kommen voraussichtlich weitere Stellen für den Schwerpunkt Flüchtlingsmanagement, wie von der Arbeitsgruppe „Wachsende Stadt“ empfohlen. Dem Vorschlag des aus Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltung für Finanzen und des Rats der Bürgermeister bestehenden Gremiums muss allerdings noch

der Rat der Bürgermeister in seiner Sitzung am 21. Januar zustimmen.

Landeseigene Betriebe

Auch die landeseigenen Unternehmen reagieren mit ihrer Personalpolitik auf das Wachstum der Stadt. So stellt die Berliner Stadtreinigung (BSR) gegenwärtig 100 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, die ab Jahresmitte insbesondere bei der Straßenreinigung eingesetzt werden. Bei den Bewerbungen sollen gezielt Frauen berücksichtigt werden. Im laufenden Jahr bildet die BSR rund 75 junge Menschen aus; weitere zehn junge Menschen absolvieren ein duales Studium. Die BSR bemühen sich zudem darum, Langzeitarbeitslose wieder in das Berufsleben zu integrieren. Außerdem werden gezielt sozial benachteiligte Jugendliche und junge Menschen mit sozialpädagogischem Förderbedarf adressiert, die eine berufliche Orientierung erhalten, um anschließend eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit in den Bereichen Reinigung oder Müllabfuhr auszuüben. Auch im Bereich der beruflichen Integration von Flüchtlingen engagiert sich die BSR. Vorerst zehn geflüchtete Menschen sollen pro Jahr bei der Integration in den Beruf unterstützt werden.

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) planen im laufenden Jahr 675 Neueinstellungen, um den Anforderungen der wachsenden Stadt gerecht zu werden und altersbedingt freiwerdende Stellen wiederzubesetzen. Insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im Fahrdienst werden ausgeweitet. Bis Februar 2016 werden insgesamt 20 Frauen eingestellt sein und eine Ausbildung im Fahrdienst absolvieren. In den nächsten Monaten werden diese Zahlen weiter steigen. Ab dem laufenden Jahr stellt die BVG jährlich 146 Auszubildende ein. Zudem stehen Studienplätze in drei dualen Studiengängen zur Verfügung. Im Rahmen eines betrieblichen Langzeitpraktikums bietet die BVG im Ausbildungsberuf Mechatroniker insgesamt zwölf Plätze u.a. für sozial benachteiligte oder lernbeeinträchtigte Jugendliche an, inklusive vier Plätze für Flüchtlinge. Bis Ende Februar stellt die BVG insgesamt 13 Praktikumsplätze für Flüchtlinge zur Verfügung, um deren berufliche Orientierung zu unterstützen und das Erlernen der deutschen Sprache zu vertiefen. Perspektivisch wird die Berufsausbildung eine immer wichtigere Rolle zur Deckung des Eigenbedarfs und zur Bindung junger Fachkräften an die BVG spielen.

Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) bieten jährlich 80 neue Ausbildungsplätze in 18 Berufen an. Hinzu kommen sechs Plätze für Jugendliche, deren Ausbildungsweg nicht geradlinig verlaufen ist, sowie weitere sechs für geflüchtete Jugendliche, die neben Sprachunterricht auch eine psycho-soziale Betreuung erhalten und innerhalb eines Jahres in reguläre Ausbildung übernommen werden sollen. Die Ausbildung der geflüchteten Jugendlichen findet in Kooperation mit der Ausbildungs- und Berufsinitiative ARRIVO statt.

Kollatz-Ahnen ging auch auf das gemeinsame Papier der Finanz- und Innenverwaltung ein, das der Senat auf

seiner Klausur vergangene Woche verabschiedet hatte. Es sieht umfassende Maßnahmen im Bereich Personalmanagement vor, die die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene weiter verbessern sollen. Dazu gehören die Ausweitung der Übernahme von Auszubildenden, duale Studiengänge, ein besserer Umgang mit dem Thema Langzeiterkrankungen, effizientere Verfahren zu Stellenbesetzungen sowie eine Verringerung des Besoldungsabstands zu anderen Bundesländern bzw. zum Bund. Auch die Leistungsfähigkeit der Bürgerämter war Thema in der Senatsklausur. Im Frühjahr ist mit einem Zwischenbericht zur Organisationsuntersuchung zu rechnen, für die sich Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Spandau und Steglitz-Zehlendorf bereitgestellt hatten. Abhängig von den Ergebnissen wird die Personalstruktur in den Bürgerämtern angepasst.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Finanzen, Telefon: (030) 9020-4172

Pressemitteilung vom 19.01.2016, 13:27 Uhr Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten VERGABEENTSCHEIDUNGEN ZUM HAUPTSTADTKULTURFONDS 2016

Der Hauptstadtkulturfonds vergibt im zweiten Entscheidungsverfahren für das Jahr 2016 rund 4,5 Millionen € für 55 Projekte.

Der Gemeinsame Ausschuss für den Hauptstadtkulturfonds hat unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, über die zum 1. Oktober 2015 eingereichten Anträge beim Hauptstadtkulturfonds entschieden.

Dem Gemeinsamen Ausschuss gehören weiter an: Staatsministerin Prof. Monika Grütters, Staatssekretär Tim Renner und MinDir. Dr. Günter Winands.

“Mit dieser Entscheidung des Gemeinsamen Ausschusses werden wieder wichtige Projekte in den Berliner Kultureinrichtungen und innovative und aufregende Vorhaben von Antragstellern aus der Freien Szene gefördert, die ohne diese Unterstützung durch den Hauptstadtkulturfonds nicht möglich wären. Ich danke dem Bund ausdrücklich dafür, dass mit dem Hauptstadtkulturfonds ein wichtiges Förderinstrument in der Bundeshauptstadt eingerichtet wurde, das für die kulturelle Szene Berlins von großer Bedeutung ist”, so der Regierende Bürgermeister.

“Die Finanzierung des Hauptstadtkulturfonds durch den Bund dient der Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt. Die vitale und dynamische Berliner Kunstszene soll aktuelle Entwicklungen in den verschiedenen Künsten präsentieren und kreative Prozesse weit über Berlin hinaus anstoßen. Ich bin sicher, dass die im Jahr 2016 geförderten Projekte erneut einen Überblick zeitgenössischer künstlerischer Positionen und einen Einblick in die Vielfalt kreativen Schaf-

fens in der Hauptstadt geben werden“, äußert sich die Staatsministerin.

Es lagen 287 Anträge mit einem Antragsvolumen von rund 21,1 Millionen € vor.

Unter der Leitung des Kurators, Dr. Joachim Sartorius, haben die Mitglieder der Jury über die Anträge beraten:

- Eva Behrendt, freie Journalistin und Redakteurin bei "Theater heute"
- Ketan Bhatti, Musiker und Komponist
- Nezaket Ekici, Bildende Künstlerin
- Dr. Anette Hüscher, Kunst- und Medienwissenschaftlerin, Direktorin der Kunsthalle zu Kiel
- Marie Luise Knott, freie Autorin, Kuratorin, Journalistin und Übersetzerin
- Frank Weigand, Journalist, Tanzkritiker und Übersetzer.

Der Hauptstadtkulturfonds fördert innovative Projekte unterschiedlicher künstlerischer Sparten. Die Projekte leisten dabei stets einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung künstlerischer Ansätze und Perspektiven und damit nicht zuletzt auch gesellschaftlicher Diskussionen. Die vom Hauptstadtkulturfonds geförderten Projekte machen einen gewichtigen Teil dessen aus, wofür Berlin als internationale Kulturmetropole heute steht.

Förderentscheidungen:

http://www.berlin.de/sen/kultur/_assets/foerderung/foerderprogramme/hauptstadtkulturfonds/pm-hkf-ii-2016.pdf

Die Abgabetermine für das Bewerbungsverfahren für das Jahr 2017 wurden wie folgt festgesetzt:

1. Abgabetermin: 15. April 2016
2. Abgabetermin: 30. September 2016

Informationen können eingeholt werden in der

Geschäftsstelle des Hauptstadtkulturfonds
Siegfried Langbehn
Brunnenstraße 188-190
10119 Berlin

Tel: 030 – 90228 -744
Fax: 030 – 90228 -457

<http://www.hauptstadtkulturfonds.berlin.de>
Rückfragen: Lars Bahners, Telefon: (030) 90 228 203

Pressemitteilung vom 20.01.2016, 15:00 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:

KEINE TOLERANZ
FÜR KRIMINELLE SCHLEUSERBANDEN

Berlins Innensenator Frank Henkel erklärt zum heutigen Schlag gegen einen Schleuser-Ring in mehreren deutschen Bundesländern:

„Wir werden den Zustrom nach Europa nur dann wirksam begrenzen, wenn wir mit harter Hand gegen diejenigen vorgehen, die mit illegalen Schleusergeschäften Millionen verdienen. Die Ermittler haben ein klares Zeichen gegen diese kriminellen Machenschaften gesetzt. Es darf keine Toleranz für Verbrecher geben, die eiskalt mit dem Leben tausender Menschen spielen und den Interessen unseres Landes massiv schaden.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport -
Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 22.01.2016, 09:30 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Verfassungsschutz stellt neue Broschüre vor:

„LINKE GEWALT IN BERLIN 2009-2013“

Nach 2009 veröffentlicht der Berliner Verfassungsschutz zum zweiten Mal eine Studie, die sich empirisch mit politisch links motivierter Gewalt in Berlin auseinandersetzt.

Die Studie untersucht Daten zu Ausmaß und Charakteristika linker Gewalt in Berlin. Dafür wurden 1.523 Delikte ausgewertet, die im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2013 von der Polizei als Politisch motivierte Gewaltkriminalität - links eingestuft wurden.

Analysiert werden die Taten, Tatverdächtige und Opfer. Zentrale Ergebnisse werden mit der Vorgängerstudie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“ verglichen sowie Maßnahmen gegen linke Gewalt und Linksextremismus in Berlin aufgezeigt. Methodisch schließt diese Studie an die Studie „Linke Gewalt in Berlin 2003 bis 2008“ und die 2014 erschienene Studie „Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2012“ an.

Linke Gewalt in Berlin hat viele Facetten, deren delikt-spezifische, räumliche und zeitliche Schwerpunkte sich verändern. Brandstiftungsdelikte, das Geschehen rund um den 1. Mai oder auch Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation sind nur drei Beispiele für den Einfluss aktueller Entwicklungen.

Der regionale Schwerpunkt liegt in den Regionen Nord-Neukölln, Kreuzberg und nördliches Friedrichshain, wo verdichtete Räume linker Gewalt existieren, in dem Wohn- und Tatorte der PMK - links mit Wohn- und Trefforten von Linksextremisten korrelieren.

Berlins Innensenator Frank Henkel: „Diese Untersuchung soll einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte über linke Gewalt liefern. Während die Ächtung politisch rechts motivierter Gewalt zu einem gesellschaftlichen Konsens geworden ist, steht eine ähnliche Übereinkunft für linksmotivierte Gewalt nach wie vor aus. Das haben mir auch wieder einige Debatten der vergangenen Tage gezeigt.“

Vor dem Hintergrund der steigenden Fallzahlen und zunehmenden Schwere dieser Gewalttaten ist eine solche Übereinkunft allerdings dringend notwendig. Besonders besorgniserregend ist, dass sich immer mehr und schwerere Fälle linker Gewalt auf Polizeibeamte konzentrieren. Wer Gewalt zur Durchsetzung seiner wie auch immer begründeten politischen Vorstellungen anwendet, stellt sich klar außerhalb unseres demokratischen Wertekanons.“

Die Broschüre ist unter <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/im-fokus/> abrufbar.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Pressemitteilung vom 27.01.2016, 13:18 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
**GEDENKSTÄTTENFAHRTEN ERHALTEN
ZUSÄTZLICHE FÖRDERUNG VON 192.000 €**

Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Bethe-Stiftung und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (IBB) zur zusätzlichen Förderung von Gedenkstättenfahrten nach Polen geschlossen. Die Bethe-Stiftung wird für Berliner Schulen bis zu 192.000 € für 32 Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Belzec und Chelмно bereitstellen. Mit dem Kooperationspartner IBB Dortmund wird in der Senatsbildungsverwaltung eine Betreuungsstelle (Beratung, Vor- und Nachbereitung) für Gedenkstättenfahrten eingerichtet, durch die sich Lehrkräfte fachlich begleiten lassen können.

Gleichzeitig verpflichtet sich das Land Berlin, weiterhin jährlich Mittel zur Förderung von Gedenkstättenfahrten in der Gesamtsumme von rund 40.000 € zur Verfügung zu stellen.

Senatorin Sandra Scheeres: „Ein Besuch der Gedenkstätten oder an anderen Lernorten der NS-Vergangenheit ist von unschätzbarem Wert für einen lebensnahen und nachhaltigen Geschichtsunterricht. Wer ein friedliches Miteinander möchte, muss sich erinnern und aus der Geschichte lernen. Ich danke der Bethe-Stiftung für ihr Engagement.“

2015 wurden durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft insgesamt 31 Gedenkstättenfahrten mit 996 Schülerinnen und Schülern mit einer Summe von rd. 43.000 € nach Majdanek und Auschwitz unterstützt. Darüber hinaus nahmen 90 Schülerinnen und Schüler an den Gedenkstättenfahrten teil, die eine Förderung aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets erhalten haben.

Seit Ende 2015 ist das IBB Dortmund Zentralstelle für die Vergabe von Fördermitteln für Gedenkstättenfahrten für Jugendgruppen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Schulen können die zusätzlichen Fördermittel der Bethe-Stiftung über das IBB Dortmund beantragen: <http://www.ibb-d.de/erinnern/foerderung-gedenkstaettenfahrten>

Als Vertreter des Landes Berlin trifft sich heute Mark Rackles, Staatssekretär für Bildung, zu einem Gedankenaustausch über die Weiterentwicklung der Erinnerungsarbeit mit der Bethe-Stiftung und anderen Landesvertreter/innen aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen sowie Vertreter/innen der Kultusministerkonferenz in der Gedenkstätte Auschwitz in Polen.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Telefon: (030) 90227 – 5843

Pressemitteilung vom 26.01.2016, 16:51 Uhr
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
**Zentrale Leistungsstelle beim LAGeSo:
SOFORTMASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG
DER SITUATION ERGRIFFEN**

Die Situation im Leistungsbereich (ZLA) des LAGeSo ist in diesen Tagen besonders angespannt. Ein hoher Krankenstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat dazu geführt, dass derzeit nur 200 bis 300 Terminkunden pro Tag in der ZLA bearbeitet werden können. Aufgenommen und registriert werden durch die Erstaufnahmestellen des LAGeSo inzwischen hingegen bis zu 600 Flüchtlinge. In diesem Bereich hat sich die Situation deutlich entspannt. Die Fallzahlen in der Leistungsstelle haben sich durch die zügige Erstregistrierung spürbar erhöht. Alle Anstrengungen sind daher darauf gerichtet, die Situation im Leistungsbereich des LAGeSo schnellstmöglich und dauerhaft zu verbessern und zu einem geregelten Verfahren zurückzukehren.

Ab heute gelten folgende Maßnahmen, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu leisten:

1. Die Heimbetreiber erhalten heute Abend eine zentrale Hotline im LAGeSo, unter der sie besondere Härtefälle melden können, die dann vorrangig im LAGeSo behandelt werden.
2. Die Sofortmaßnahme der Abschlagzahlungen wird fortgeführt. Damit sollen besondere Härten abgemildert werden. Bereits am Freitag hat die Leistungsstelle des LAGeSo an 500 Personen,

die längere Zeit keine Geldleistung erhalten haben, einen Abschlag von 100,- Euro ausgezahlt. Dafür kommen zwei Varianten in Frage: sowohl die Möglichkeit, die Zahlungen am LAGeSo vorzunehmen als auch eine Überweisung der Abschläge an die Heimbetreiber selbst und anschließende Auszahlung in den Unterkünften. Derzeit wird geprüft, welche Möglichkeit praktikabler ist.

3. Die Heimbetreiber sind dazu heute Abend zum Gespräch mit dem LAGeSo eingeladen.

Die beiden Notmaßnahmen werden flankiert von einer personellen Verstärkung der ZLA durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus der Erstaufnahmestelle des LAGeSo vorübergehend den Leistungsbereich unterstützen. Zudem werden neun Regierungsinspektoren in diesem Bereich zusätzlich eingesetzt.

Rückfragen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: (030) 9028-1135

Pressemitteilung vom 28.01.2016, 08:30 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Henkel:

MIESES SPIEL MIT BERLINER BEHÖRDEN

Berlins Innensenator Frank Henkel erklärt zum offensichtlich erfundenen Todesfall im Zusammenhang mit dem LAGeSo:

„Das ist eine der miesesten und perfidesten Aktionen, die ich jemals erlebt habe. Berlins Behörden mussten über Stunden mit hohem Aufwand nach einem erfundenen ‚LaGeSo-Toten‘ suchen. Geschadet wurde auch den vielen Ehrenamtlichen, die in unserer Stadt jeden Tag wichtige Arbeit leisten. Für dieses schändliche Verhalten fehlt mir jedes Verständnis.“

Verantwortung tragen auch diejenigen, die den erfundenen Fall gestern ohne jegliche Grundlage bestätigt haben, darunter die Sprecherin des Bündnisses ‚Moabit hilft‘. Wer solche Gerüchte streut und ungeprüft weiterverbreitet, legt es bewusst darauf an, die Stimmung in unserer Stadt zu vergiften.

Aus meiner Sicht müssen jetzt rechtliche Konsequenzen gegen den Urheber dieses Lügengebildes geprüft werden. Zudem sollten sich all diejenigen Politikerinnen und Politiker entschuldigen, die vorschnell ein Urteil gefällt und eine unklare Situation für Rücktrittsforderungen ausgeschlachtet haben.

Die Nachrichtenlage der letzten Tage ist auch ein Warnsignal. Es wird Zeit, wieder etwas Tempo rauszunehmen. Wenn jetzt russische Propaganda und erfundene Skandalgeschichten aus dem Netz das Meinungsklima in unserem Land bestimmen, dann bekommen wir ein echtes Problem. Das macht uns am Ende allen das Leben schwer. Behörden, Medien, unserer ganzen Gesellschaft.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport -
Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2732

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Berliner Bäder: Eine Zumutung für Trans*-
und Inter*-Personen?

Abgeordneter: Lederer, Dr. Klaus (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17450.pdf>

Titel: Rechte Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete
durch Sicherheitspersonal

Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17483.pdf>

Titel: Einsätze eines rassistischen Mitarbeiters
von Gegenbauer im Zusammenhang mit Flüchtlingen

Abgeordneter: Lauer, Christopher (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17476.pdf>

Titel: Sexualkundeunterricht und Schwimmunterricht III

Abgeordneter: Schlede, Stefan (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17527.pdf>

Titel: Nutzung des ehemaligen Abschiebeknastes
Grünau als Flüchtlingsunterkunft

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17537.pdf>

Titel: Gesundheitsschutz für Asylsuchende (II)

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17539.pdf>

Titel: Ergebnisse der Sprachtests
von Kita-Kindern im Jahr 2015

Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17559.pdf>

Titel: Antisemitische Delikte (III) –
Schändungen jüdischer Gedenkstätten
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17495.pdf>

Titel: Impfschutz für Geflüchtete in Berlin
Abgeordneter: Eggert, Björn (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17551.pdf>

Titel: Unterbringung geflüchteter Menschen in Berlin
Abgeordnete: Herrmann, Clara (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17545.pdf>

Titel: Rechte Versammlungen in Hellersdorf am 4. und 5. 12.2015

Abgeordneter: Taş, Hakan (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17594.pdf>

Titel: Flüchtlingsunterbringung in Pankow:
Warum zuerst in Hallen und nicht in Häusern?
Abgeordneter: Otto, Andreas (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17570.pdf>

Titel: Schutzkonzepte für geflüchtete Frauen – Zugang zu Schutz- und Beratungsangeboten für Frauen
Abgeordnete: Sommer, Evrim (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17580.pdf>

Titel: Elementare menschliche Bedürfnisse ignoriert in der Massenunterkunft im Flughafen Tempelhof
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17585.pdf>

Titel: Objekte der BIM und der Bezirke zur Unterbringung von Flüchtlingen
Abgeordneter: Kohlmeier, Sven (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17588.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (II):
Ehemalige Lungenklinik Heckeshorn
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17597.pdf>

Titel: Asyl- und integrationsbedingte Ausgaben Berlins und der anderen Bundesländer 2016 im Vergleich
Abgeordneter: Zillich, Steffen (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17599.pdf>

Titel: Geflüchtete am Berliner Arbeitsmarkt
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17589.pdf>

Titel: Wann ist mit einer angemessenen Gesundheitsversorgung für geflüchtete Menschen in Berlin zu rechnen?

Abgeordneter: Thomas, Heiko (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17590.pdf>

Titel: Objekte zur Flüchtlingsunterbringung (I):
Angebote über die Online-Plattform

Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17596.pdf>

Titel: Ausgaben für die Flüchtlingshilfe
Abgeordneter: Simon, Roman (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17602.pdf>

Titel: „Ihr Geschlecht ist leider nicht vorgesehen“ – Diskriminierung durch geschlechtsspezifische Formulare im Land Berlin?

Abgeordneter: Lederer, Dr. Klaus (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17624.pdf>

Titel: Was geschah am 22.10.2015 vor dem LAGeSo und wie viel Kritik verträgt die Polizei?

Abgeordneter: Lederer, Dr. Klaus (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17576.pdf>

Titel: Don't Want To Pay –

LAGeSo rückt die Kohle nicht raus (II)

Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17611.pdf>

Titel: Ausweitung des erfolgreichen Brennpunktschulen-Programms auf OSZ und Privatschulen
Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17630.pdf>

Titel: Adoptionen in Berlin I
Abgeordnete: Haußdörfer, Ellen (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17643.pdf>

Titel: Postzustellung für Asylsuchende durch LAGeSo und Betreiber, Adressänderungen durch das LAGeSo an das BAMF
Abgeordneter: Reinhardt, Fabio (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17610.pdf>

Titel: Der Aktensucher – Das Chaos gibt es wirklich
Abgeordneter: Lauer, Christopher (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17612.pdf>

Titel: Das Geschäft mit den Flüchtlingen
Abgeordnete: Hämmerling, Claudia (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17583.pdf>

Titel: Merkwürdigkeiten bei den Förderbedingungen ESF Mittel für Zuwendungsprojekte
Abgeordnete: Breitenbach, Elke (Die Linke)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17635.pdf>

Titel: Anerkennung chinesischer Hochschultitel und Ehrenggrade in Deutschland
Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17637.pdf>

Titel: Adoptionen in Berlin II
Abgeordnete: Haußdörfer, Ellen (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17644.pdf>

Titel: Situation von Berliner Kindern, die in Notunterkünften leben
Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17618.pdf>

Titel: Medizinische Versorgung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und „Menschen ohne Papiere“ in Berlin – Schutz und Vorsorge von Beginn an nötig (I)
Abgeordneter: Isenberg, Thomas (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17638.pdf>

Titel: Medizinische Versorgung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und „Menschen ohne Papiere“ in Berlin – Behandlung sicherstellen (II)
Abgeordneter: Isenberg, Thomas (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17639.pdf>

Titel: Medizinische Versorgung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und „Menschen ohne Papiere“ in Berlin – Defizite beseitigen (III)
Abgeordneter: Isenberg, Thomas (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17640.pdf>

Titel: Benennung und Verweigerung von Flüchtlingsunterbringungen durch die Bezirke
Abgeordneter: Stettner, Dirk (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17645.pdf>

Titel: Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und Unterbringung von Geflüchteten
Abgeordneter: Delius, Martin (PIRATEN)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17653.pdf>

Titel: Wie weiter mit den Integrationslotsen?
Abgeordneter: Dregger, Burkard (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-17665.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:
BERLINER
EUROPAPORTAL



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfalt und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

EUROCITIES:
INTEGRATING CITIES CHARTA
2015er-Bericht erschienen

“CITIES AND MIGRANTS II: implementing the EUROCITIES Integrating Cities Charter”
2. Bericht (Dezember 2015), Download unter:
<http://nws.eurocities.eu/MediaShell/media/ICC%20report%202015.pdf>

EUROCITIES ist die politische Plattform der großen europäischen Städte gegenüber den EU-Institutionen. Hier werden die kommunalen Verwaltungen der von z. Zt. über 130 größten Städte in Europa sowie 40 Partnerstädte vernetzt.

Mit Stand Oktober 2015 haben bereits 35 Europäische Städte die “EUROCITIES Integrating Cities“-Charta unterzeichnet: Amsterdam, Athens, Barcelona, Belfast, Berlin, Brussels, Copenhagen, Dublin, Genoa, Ghent, Helsinki, Lisbon, Leipzig, London, Madrid, Malmo, Manchester, Milan, Montpellier, Munich, Nantes, Nuremberg, Oulu, Oslo, Paris, Rennes, Riga, Rome, Rotterdam, Stockholm, Tampere, The Hague, Toulouse, Toronto (Canada) and Utrecht.

Internet: <http://www.eurocities.eu>

BMI:

MEHR ASYLANTRÄGE
IN DEUTSCHLAND ALS JEMALS ZUVOR
Im Jahr 2015 wurden beim BAMF insgesamt 476.649 formelle Asylanträge gestellt, 273.815 mehr als im Vorjahr.

Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 135 Prozent.

Allein 162.510 Asylbewerber kamen aus Syrien; das waren 34 Prozent aller Asylanträge. Im Regelfall sind diese Menschen in Deutschland nach Abschluss des Asylverfahrens auch schutzberechtigt.

Unter den zehn Hauptherkunftsländern finden sich zudem vier aus der Balkanregion: Serbien, Kosovo, Mazedonien und Albanien. Zuzüglich der Asylbewerber aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro kamen im Jahresdurchschnitt etwa 30 Prozent aller Asylbewerber aus den sechs Staaten des Westbalkans. Allerdings verringerte sich deren Anteil in der zweiten Jahreshälfte kontinuierlich und lag im Monat Dezember 2015 nur noch bei 8 Prozent von allen Asylbewerbern.

Insgesamt 137.136 Personen erhielten im Jahr 2015 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (48,5 Prozent aller Asylbewerber). Zudem erhielten 1.707 Personen (0,6 Prozent) subsidiären Schutz nach § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes und 2.072 Personen (0,7 Prozent) Abschiebungsschutz gemäß § 60 Abs. 5 oder 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes.

Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Asylsuchenden nach Deutschland lag allerdings deutlich höher, da die formale Asylantragstellung teilweise erst zeitlich verzögert möglich ist und etliche, die nach Deutschland eingereist und verteilt worden sind, in andere EU-Staaten weiterziehen. So sind im EASY-System im Jahr 2015 bundesweit etwa 1,1 Mio. Zugänge von Asylsuchenden registriert worden. Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Doppelerfassungen wegen der zu diesem Zeitpunkt noch fehlenden erkennungsdienstlichen Behandlung und der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten nicht ausgeschlossen.

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html>

[PM BMI v. 06.01.2016; RED]

MIGRATIONSBERICHT 2014 VORGESTELLT

Das Bundeskabinett hat am 06.01.2016 den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erarbeiteten Migrationsbericht 2014 verabschiedet.

Der Bericht, der auf Wunsch des Bundestages jährlich erstellt wird, gibt einen Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland. Er beinhaltet neben den allgemeinen Wanderungsdaten zu Deutschland und einer detaillierten Darstellung der verschiedenen Zuwanderergruppen einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung.

Migrationsbericht 2014 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung:
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Br/oschueren/2016/migrationsbericht_2014_de.pdf

Expertise des SVR-Forschungsbereichs:
**WAS WIR ÜBER FLÜCHTLINGE
 (NICHT) WISSEN**

**Start eines Forschungsprojektes
 zu Lebenslagen von Flüchtlingen in Deutschland**

Zum Start eines Forschungsprojektes von SVR-Forschungsbereich und Robert Bosch Stiftung zu Lebenslagen von Flüchtlingen in Deutschland wurde am 26. Januar eine Expertise veröffentlicht, die den Forschungsstand darstellt und Forschungslücken identifiziert. Das Forschungsprojekt wird die Sicht der Flüchtlinge selbst in den Mittelpunkt rücken – eine Perspektive, die bislang fehlt. Eine qualitative Befragung von Flüchtlingen soll fundiertes Wissen über ihre Lebenslagen und gesellschaftliche Teilhabe liefern sowie Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Integration.

Die Expertise gibt einen Überblick über den bisherigen Forschungsstand zur Integration und Teilhabe von Flüchtlingen in Deutschland. Untersucht wurden die Bereiche Arbeitsmarktzugang, Bildung und Ausbildung, sozialstaatliche Leistungen, Unterbringung, Gesundheit und Gesundheitsversorgung, soziokulturelle Integration, Qualifikation sowie Erwartungen und persönliche Ziele von Flüchtlingen. Die Expertise, die eine Vielzahl von Forschungslücken identifiziert, wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie für ein Forschungsvorhaben zur Integration von Flüchtlingen erstellt, das von 2016 bis 2017 durchgeführt wird.

Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen

Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland.

Download der Expertise unter:

<http://www.svr-migration.de/publikationen/was-wir-ueber-fluechtlinge-nicht-wissen/>

Pressemitteilung:

<http://www.svr-migration.de/presse/presseforschung/was-wir-ueber-fluechtlinge-nicht-wissen/>

Nach Kölner Silvesternacht:

**RAT FÜR MIGRATION WARNT VOR
 ÜBEREILTEN REFORMEN UND PANIKMACHE**

In der Silvesternacht haben mehrere Männergruppen am Kölner Hauptbahnhof Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt. Die meisten Tatverdächtigen sind Ausländer. Die Vorfälle haben der Asyldebatte neuen Aufwind verschafft.

Der „Rat für Migration“ (RfM) verurteilt die Taten in Köln, warnt jedoch vor voreiligen Schlussfolgerungen: „Restriktive Reformen des Straf- und Asylrechts, wie sie viele Politiker derzeit fordern, werden sexuelle Übergriffe nicht verhindern können“, erklärt der Soziologe Prof. Dr. Albert Scherr. „Aus kriminalsoziologischen Studien wissen wir, dass sich Gewalt- und Sexualstraftäter von Sanktionsdrohungen nicht abhalten lassen.“ Die vorgeschlagenen Reformen seien daher wenig hilfreich und folgen laut Scherr einer moralischen Panik: „Flüchtlinge werden pauschal als Bedrohung dargestellt und Ad-hoc-Maßnahmen als Lösungen präsentiert – ohne vorab die Ursachen analysiert zu haben.“

Darüber hinaus weise die Debatte rassistische Züge auf: „Sexuelle Gewalt ist kein neues Phänomen, sondern kommt in Deutschland täglich vor“, sagt Geschlechterforscherin Prof. Dr. Helma Lutz. Laut Bundeskriminalamt habe die Polizei seit 2001 jährlich zwischen 7.000 und 8.000 Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung registriert. „Dass das breite Entsetzen darüber erst jetzt aufkommt, wo es sich bei den Tätern um Ausländer handelt, weist darauf hin, dass in der Diskussion auch rassistische Motive zum Ausdruck kommen“, so Lutz.

Besonders problematisch seien pauschale Urteile über Flüchtlinge: „Die Empörung über die Taten in Köln ist gerechtfertigt, sie darf aber nicht dazu führen, dass Schutzsuchende unter Generalverdacht gestellt werden“, warnt der Ethnologe Prof. Dr. Werner Schiffauer. Das schüre Ängste und treibe die ohnehin gesplante Gesellschaft weiter auseinander. „Was wir jetzt brauchen, ist eine ruhige Debatte, die nicht auf Angst und Panikmache beruht, sondern auf Fakten und Differenzierungen“, so Schiffauer.

(14.01.2016)

Der Rat für Migration ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen. Seine zentrale Aufgabe sieht er unter anderem darin, politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten.

Internet: <http://www.rat-fuer-migration.de>

Neue deutsche Medienmacher:
WOZU WIR DEN PRESSEKODEX BRAUCHEN

Mit Sorge verfolgen wir die Debatte um die alte Frage, ob Polizei und Medien bei Straftätern mit Migrationshintergrund deren Herkunft und Nationalität oder gar Religionszugehörigkeit nennen sollten. Das widerspricht dem Pressekodex der empfiehlt, dies nicht zu tun, wenn kein unmittelbarer Zusammenhang mit der Tat besteht. Auch viele Polizeibehörden verzichten darauf, weil es dazu beitragen kann, Vorurteile gegen Minderheiten zu befördern.

Die Neuen deutschen Medienmacher plädieren dafür, an dieser Praxis festzuhalten. Auch wenn es angesichts der sozialen Medien so gut wie unmöglich ist, zu verhindern, dass solche Informationen publik werden – Online-Portale und Hetzblogs halten sich selten bis nie an den Pressekodex – ist es sinnvoll, dass sich etablierte und seriöse Medien sowie staatliche Behörden an diesen Standard halten.

Das hat nichts mit einem „Verschweigen“ oder „Vertuschen unliebsamer Wahrheiten“ aufgrund von „falscher Toleranz“ und „übertriebener Political Correctness“ zu tun, wie manche Kollegen, aber vor allem rassistische Blogger und populistische Publizisten meinen. Es verhindert vielmehr eine Diskriminierung und Stigmatisierung von Minderheiten, die von genau diesen Kreisen in Sippenhaft genommen werden. Es ist bekannt, dass bestimmte Gruppen in manchen Kriminalitätsbereichen zum Teil überrepräsentiert sind. Das hat viele, komplexe Gründe und lässt keine Rückschlüsse auf die Gesamtgruppe zu. Dennoch nutzen rechte und rassistische Kreise diese Umstände, um einen Generalverdacht gegen Minderheiten zu schüren.

Presserat (Pressekodex):
<http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer-12-diskriminierungen>

Zur Mitteilung:
<http://www.neuemedienmacher.de/wozu-wir-den-pressekodex-brauchen/>

„Integrationspflicht“:
FLÜCHTLINGE NEHMEN
INTEGRATIONSANGEBOTE
FREIWILLIG WAHR

Die Unionsparteien wollen Asylbewerber zur Integration verpflichten. Die Forderung suggeriert, dass es bislang an Bereitschaft dazu fehlt. Was dabei nicht erwähnt wird: Bis Oktober 2015 durften Flüchtlinge im laufenden Verfahren nicht an den Integrationskursen teilnehmen. Nach der Asylentscheidung sind die meisten, die bleiben, ohnehin zur Kursteilnahme verpflichtet. Schon jetzt ist die größte Herkunftsgruppe unter den Teilnehmern für Deutschkurse: die Gruppe der Syrer.

Zur Debatte über eine Integrationspflicht für Flüchtlinge hat der Mediendienst Integration einen Artikel mit den wichtigsten Hintergrundinformationen vorbereitet:

<http://mediendienst-integration.de/artikel/deutschkurs-integrationskurs-einstiegskurs-integrationspflicht-fuer-fluechtlinge-bamf.html>

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Amaro Foro:
STELLENAUSSCHREIBUNGEN
Projektmitarbeiter/-in sowie 3 Sozialarbeiter/-innen

Frist: **05.02.2016**

Amaro Foro ist eine Migrantenjugendselbstorganisation von Roma und Nicht-Roma und der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V.
(<http://www.amaroforo.de>)

Amaro Foro sucht ab 15.02.16, spätestens zum 01.03.2016 jeweils:

- Projektmitarbeiter/-in für Dokumentation von rassistisch motivierten Vorfällen, 50 % Beschäftigung vorerst auf ein Jahr befristet in Anlehnung an TV-L Berlin, EG-9 (Frist: **05.02.2016**)
- Sozialarbeiter/-in für Beratung und Begleitung mit Sprachmittlung - Rumänisch, 100 % Beschäftigung, vorerst auf ein Jahr befristet in Anlehnung an TV-L Berlin, EG-9 (Frist: **05.02.2016**)
- Sozialarbeiter/-in für Aufsuchende Arbeit und Begleitung mit Sprachmittlung- Rumänisch, 50 % Beschäftigung vorerst auf ein Jahr befristet in Anlehnung an TV-L Berlin, EG-9 (Frist: **05.02.2016**)

- Sozialarbeiter/-in für Aufsuchende Arbeit und Begleitung mit Sprachmittlung, 50 % Beschäftigung vorerst auf ein Jahr befristet in Anlehnung an TV-L Berlin, EG-8 (Frist: **05.02.2016**)

Für Fragen sowie konkrete Einzelheiten zu den Stellenausschreibungen der besetzbaren Arbeitsgebiete steht Ihnen Herr Ivanov unter (0157) 3850 4484 telefonisch zur Verfügung.

Kontakt

Amaro Foro e.V.
Herrn Georgi Ivanov
Funk: (0157) 3850 4484
Weichselplatz 8
12045 Berlin

Tel/Fax: (030) 4320 5373

E-Mail: info@amaroforo.de
Internet: <http://www.amaroforo.de>

Stiftung evz, Stellenausschreibung:
PROGRAMMLEITUNG
Zum nächstmöglichen Zeitpunkt, max. 35 Wochenstunden., Vergütung bis zu TVÖD 11

Frist: **21.02.2016**

**Für das Handlungsfeld
„Auseinandersetzung mit der Geschichte“**

Dabei geht es einerseits um historisches Lernen zum Nationalsozialismus in Bezug zu anderen Unrechts- und Gewalterfahrungen. Andererseits möchte die Stiftung EVZ Anstöße geben, die Erinnerungskultur in Deutschland im Kontext von Migration zu erweitern. Die Perspektiven des Nahen und Mittleren Ostens sollen hierbei einen Schwerpunkt bilden.

Der /die zukünftige Mitarbeiter/in ist im Team für die Umsetzung dieses neuen Förderprogramms zuständig. Nach einer Einarbeitungszeit übernimmt er/sie die Verantwortung für die inhaltliche Ausgestaltung und administrative Umsetzung des Programms sowie ggf. weiterer Projekte im Handlungsfeld.

Die komplette Ausschreibung im Internet unter:
<http://www.stiftung-evz.de/stiftung/offene-stellen.html>
direkt: http://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Stiftung/Jobs_und_Ausschreibungen/Stellenausschreibungen/20160125_Stiftung_EVZ_StellenausschrPL_Migration_u_Erinnerungskultur_20151216.pdf

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form (max. 3 MB) bis zum 21.02.2016 an:

Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"
Frau Ina Thiele, Personalsachbearbeitung
E-Mail: bewerberservice@stiftung-evz.de

18.02.:
INTERESSE AM GASTGEWERBE?
**„On Tour“ im Oldtimerbus –
die etwas andere Jobsuche**

Das Gastgewerbe sucht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb startet am Donnerstag, den 18. Februar 2016, um 10 Uhr die nächste Be HOGATour. Die 4stündige Fahrt mit dem Oldtimerbus durch Berlins Mitte bietet Besichtigungen in Hotels und Restaurants, Begegnungen und gemeinsame Aktionen mit den Menschen, die dort arbeiten, und viele Informationen zu den Tätigkeiten und Jobmöglichkeiten in Berliner Hotels und Restaurants.

Mitfahren können alle, die zwischen 18 und 35 Jahre alt sind und die gerne einmal wissen möchten, wie es hinter den Kulissen Berliner Hotels und Restaurants so aussieht. Die Fahrt ist kostenlos und Teil des Projektes Be HOGA – Perspektiven im Berliner Gastgewerbe, das bildungsmarkt e.v., LIFE e.V. und kiezküchen GmbH in Zusammenarbeit mit Betrieben des Berliner Gastgewerbes bis 2019 durchführen. Nach der Tour können Interessierte durch das Projekt weiter betreut werden, mit dem Ziel, den Sprung in Ausbildung oder Beschäftigung zu schaffen.

Anmeldung und Kontakt

Informationen, Eindrücke und Anmeldung unter
<http://www.behoga-berlin.de>
E-Mail: info@behoga-berlin.de
oder unter Tel.: (030) 397 391 31

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):
AKTUELLE WEITERBILDUNGEN
Start: **15.02.** sowie 25.04.2016

**Karriere- und Profilentwicklung mit Social Media
Berufsbegleitende Online-Weiterbildung für
Coaches, Trainerinnen und Lehrerinnen u.a.**
Ab **15 Februar 2016**

Sie arbeiten als Trainerin, Dozentin, Lehrerin oder Coach und nutzen soziale Medien bisher wenig oder gar nicht. Sie können sich aber gut vorstellen, diese Medien für Ihre berufliche Entwicklung einzusetzen. Sie möchten

- Ihre berufliche Expertise und das, wofür Sie beruflich stehen, in den sozialen Netzwerken abbilden und Ihre berufliche Reputation stärken
- sich über diese Netzwerke mit anderen Expertinnen und Experten austauschen und so Ihr fachliches Wissen weiterentwickeln

- Ihre persönlichen Daten schützen

Start: 15. Februar 2016 (späterer Einstieg ggf. nach Absprache möglich). Dauer: 9 Wochen

Lernform: Onlinekurs mit Austauschforum für alle Teilnehmerinnen

Lernzeiten: ca. sieben Stunden pro Woche, optional: zusätzlich individuelles Coaching (kostenpflichtig)

Kosten: 30 Euro

BEOMI - Qualifizierung für Migrantinnen

Start: 25. April 2016

In einem geschützten Raum bietet das FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB) Migrantinnen, geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund, die noch keine für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ausreichenden Sprachkenntnisse besitzen, eine 6-monatige Qualifizierung an.

Die Frauen werden darauf vorbereitet, eine Tätigkeit in einem kaufmännischen oder Bürobereich aufzunehmen. Bürokenntnisse und aktuelles Office-Know-how sind in allen Branchen gefragt und bieten vielfältige Möglichkeiten für eine erfolgreiche berufliche Integration der Teilnehmerinnen in den Arbeitsmarkt.

Durch die gezielte Förderung berufsbezogener Deutsch- und IT-Kenntnisse werden die Chancen auf den Berufseinstieg erhöht.

Im Anschluss an die Qualifizierung können die Teilnehmerinnen ihre neu erworbenen Kenntnisse in einem sechswöchigen Praktikum erproben und Kontakte zu potentiellen Arbeitgeber_innen knüpfen.

Inhalte

- IT-Know-how fürs Büro: Internet, Office-Programme, Bildbearbeitung und weitere Computer-Inhalte je nach individuellem Ziel und Vorkenntnissen
- Berufsbezogenes Deutsch (Schwerpunkt Bürokommunikation)
- Kommunikations-, Team- und Konfliktfähigkeit, Arbeitsorganisation u.a.
- Bewerbungstraining: Bewerbungsmappe, Online-Bewerbung, Vorstellungsgespräch, Selbstpräsentation

ECDL (Europäischer Computerführerschein)

ECDL-Prüfungen können abgelegt werden. Nach erfolgreichem Abschluss der Prüfungen erhält die Teilnehmerin ein Zertifikat. Das FCZB ist lizenziertes ECDL-Prüfungszentrum.

Start: 25. April 2016

Dauer: 23 Wochen Training plus 6 Wochen Praktikum, Teilzeit-Teilnahme und späterer Einstieg nach Absprache möglich

Lernzeiten: 9.00 bis 14.30 Uhr (Einzel- und Gruppenlernen im FCZB)

14.30 bis 16.30 Uhr Online-Lernen im FCZB oder zu Hause

Kosten/Förderung: Bildungsgutschein der Agentur für Arbeit oder der Jobcenter

Voraussetzungen: Grundkenntnisse der deutschen Sprache (min. Niveau A2)

Es werden keine Computer-Vorkenntnisse vorausgesetzt

Anmeldung und Kontakt

Infos zu beiden Angeboten:

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1 (U-Bhf. Schlesisches Tor)
10997 Berlin-Kreuzberg

Anmeldung: Renate Wolf,
Tel: (030) 617970-16

E-Mail: info@fczb.de

Internet: <http://www.fczb.de>

<http://www.blog.fczb.de>

26.02.:

DEUTSCH-POLNISCHER INFORMATIONSTAG

**Information zu Arbeit, Anerkennung,
Sozialversicherung von Fachleuten.**

**Am 26.02.2016 von 10.00 - 15.00 Uhr
Berufsinformationszentrum (BiZ)
Friedrichstraße 39, 10969 Berlin**

Bringen Sie bitte Ihre Unterlagen mit.

Vorträge und Beratung aus einer Hand:

11.00 Uhr Leben und Arbeiten

11.30 Uhr Gesetzliche Rentenversicherung

12.00 Uhr Anerkennungsberatung IQ-Netzwerk

12.30 Uhr Anerkennungsberatung HWK

13.00 Uhr Anerkennungsberatung IHK

(Industrie, Handel, Dienstleistung)

13.30 Uhr Aspekte des Arbeitsrechts

14.00 Uhr Krankenversicherung

EURES-Berater und Experten verschiedener Institutionen beraten Sie unentgeltlich.

Veranstalter/ Partner: Eures, DRV, IQ-Netzwerk, HWK, IHK, DGB

Berufsbegleitender
Hochschul-Zertifikatskurs 2016:
„PÄDAGOGIK FÜR VERMITTLUNG
SOZIALER KOMPETENZEN UND
GEWALTPRÄVENTION“

Bewerbungsfrist: **01.04.2016**

Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) bietet in Kooperation mit dem Berliner Institut für soziale Kompetenz und Gewaltprävention e.V. (BISG) in der Zeit vom 27.05.2016 bis 15.07.2017 die zertifizierte Zusatzausbildung zum/zur „Pädagogen/-in für Vermittlung sozialer Kompetenzen und Gewaltprävention“ zum vierzehnten Mal an.

Der berufsbegleitende Hochschul-Zertifikatskurs richtet sich an Lehr- und Fachkräfte aus den Bereichen Schule, Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie, die sich mit dem Konzept der „Selbstwertstärkenden Konfrontationspädagogik & Neuen Autorität in der Schule und Jugendhilfe“ intensiver auseinandersetzen, die Haltungen und Interventionsmöglichkeiten dieses Ansatzes vertiefen und in ihrer beruflichen Praxis anwenden möchten.

Die Bewerbungsfrist endet am 01.04.2016.

Info und Kontakt:

http://www.ash-berlin.eu/weiterbildung/zertifikatskurse/?&kurs_jahr=2016&kurs_id=186
und <http://www.soziales-training.de>

Bewerbungsformular:

http://www.ash-berlin.eu/fileadmin/user_upload/pdfs/Weiterbildung/Zertifikatskurs-Bewerbungsformular_neu.pdf

Stellenausschreibung, Telefonseelsorge Berlin:
FACHKRAFT MIT MIGRATIONS HinterGRUND

Die Telefonseelsorge Berlin e.V., seit 60 Jahren ein angesehener und erfolgreicher sozialer Träger, startet ein neues Projekt. Für den Aufbau einer Beratungsstelle für Suizidhinterbliebene suchen wir möglichst bald

**eine Fachkraft mit Migrationshintergrund;
19,5 Stunden, Vergütungsgruppe TV-L E11, 2
(zunächst befristet auf 3 Jahre)**

Ihre Aufgaben sind (gemeinsam mit Projektleitung, Therapeutischer Fachkraft und Geschäftsführung)

- Organisatorischer und fachlicher Aufbau der Beratungsstelle.
- Auswahl, Ausbildung und Supervision von Ehrenamtlichen.
- Persönliche Beratung von Angehörigen von suizidalen Menschen und Suizidhinterbliebenen.
- Vernetzung mit dem psychiatrischen Versorgungssystem Berlins.
- Öffentlichkeitsarbeit für die Beratungsstelle.
- Mitarbeit an Tagungen, Veranstaltungen und Gremien.

Sie sollten mitbringen:

- Empathie, soziale Kompetenz und Lust auf Teamarbeit.
- Freude am Aufbau einer neuen Einrichtung.
- Einen Studienabschluss in einem psychosozialen Fach.
- Beratungs- oder Therapieausbildung.
- Berufserfahrung im psychosozialen Bereich.
- Möglichst Türkisch und/oder Arabisch als Muttersprache, gutes Deutsch.
- Gute IT-Kenntnisse
- Einen guten Ausdruck in Wort und Schrift.

Kontakt und Bewerbung

Bitte bewerben Sie sich postalisch oder elektronisch mit den üblichen Unterlagen bei:

Telefonseelsorge Berlin e.V.,
Konfliktberatung - Suizidverhütung
- Neues Projekt, z.Hd. Martina Kulms -
Nansenstraße 27
12047 Berlin

E-Mail: mail@telefonseelsorge-berlin.de
oder bewerbung@telefonseelsorge-berlin.de
Internet: <http://www.telefonseelsorge-berlin.de>

Workshops/ Tagungen

23.02, Diskussionsabend:
ARBEITSBIOGRAPHIEN
ZUGEWANDERTER FRAUEN
**Neues Leben, neue Chance?
Oder von der Ärztin zur Putzfrau?**

Anmeldung bis: **15.02.2016**

Datum: Di, 23.02.2016, 18:30 Uhr

**Ort: Engagement Global gGmbH
c/o Pangea Haus e.V.
Trautenstraße 5 (U9/Güntzelstraße)
10717 Berlin**

Parkplätze entlang der Straße
Kosten: Mitglieder 10,00 €, Nichtmitglieder 15,00 €

Neues Land, neues Leben? Wie hoch ist der Preis für den Neuanfang nach einer Auswanderung oder Flucht aus beruflicher Sicht? Die Referentinnen des Abends erzählen aus ihrer eigenen Arbeitsbiographie und davon, warum man als ausgebildete Ärztin in der neuen Heimat vielleicht einen Aushilfsjob als Putzkraft annehmen muss. Ein interessanter Einblick auch deshalb, weil qualifizierte Fach- und Führungskräfte hierzulande häufig dringend gesucht werden.

Der Abend thematisiert aus ganz persönlicher Sicht die Rahmenbedingungen, die zugewanderte Frauen in ihrem Arbeitsleben prägen und bewegt die spannende Frage, wie die Wege zurück zur eigentlichen Qualifikation aussehen können.

Programm zur Veranstaltung und weitere Infos unter:
<http://www.bpw-berlin.de/clubleben/termine/>

Anmeldung und Kontakt

Anmeldung bitte bis 15.02.2016
per E-Mail bei event@bpw-berlin.de

BPW Club Berlin e.V.
AG International

E-Mail: international@bpw-berlin.de
Internet: <http://www.bpw-berlin.de>

26./27.02., Kongress:
"DEUTSCHLAND- WEITER GEDACHT"
2. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen

Anmeldefrist: **31.01.2016**

am 26./27.Februar in der

**Kalkscheune
Johannisstraße 2
10117 Berlin**

Deutschland hat sich durch die Einwanderung verändert. Unser Land ist schon längst migrantisch geprägt und das kann und sollte heute seine Stärke sein. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Gesellschaft darum ringt als Einwanderungsgesellschaft zu bestehen und sich scheinbar immer mehr spaltet, gilt es umso mehr tatsächliche Teilhabe einzufordern. Wie im Deutschland von heute und morgen Vielfalt aussehen und Zusammenhalt und Teilhabe gestaltet werden muss, kann nur mit unserer Mitwirkung diskutiert werden. Beim 1. Kongress standen das Kennenlernen und die Aufnahme des ist-Zustandes im Vordergrund. Jetzt heißt es: Deutschland wir müssen reden und endlich handeln.

Programm, weitere Infos sowie Anmeldung unter:
<http://neue-deutsche-organisationen.de/de/bundeskongress/2016/>

Kontakt

Koordinierungsstelle

Neue Deutsche Organisationen
Goltzstraße 39
10781 Berlin

Tel.: (030) 219 17 421

E-Mail: info@neue-deutsche-organisationen.de
Internet: <http://www.neue-deutsche-organisationen.de>

25./26.02, SOR-Fachtagung:
"DER NORDAFRIKANISCHE MANN" –
EIN NEUES FEINDBILD?!
Bestandsaufnahme, Analyse und Konsequenzen.

Anmeldung bis: **10.02.2016**

**25. bis 26. Februar 2016
Geschäftsstelle der Bundeskoordination
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Ahornstraße 5, 10787 Berlin**

Bis Anfang des Jahres spielten Migranten aus dem Maghreb in der bundesdeutschen Debatte nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend gering sind die Kenntnisse über diese Gruppe. Die Fachtagung geht

der zentralen Frage nach, wie über die Problemlagen gesprochen und beraten werden kann, ohne rassistischen Diskursen Vorschub zu leisten.

Was ist das Besondere an der Gruppe von zumeist alleinreisenden, männlichen Jugendlichen, die scheinbar ihren Aufenthalt in Deutschland dafür nutzen, das nötige Kapital für ihre Zukunftspläne über kriminelle Wege zu akkumulieren? Was tragen die Medien zur Aufklärung oder zur Vorurteilsbildung bei? Wie können Akteure der Zivilgesellschaft angemessen auf die neuen Herausforderungen reagieren und was sind die Konsequenzen für das Courage-Netzwerk?

Die Tagung richtet sich in erster Linie an die Landes- und Regionalkoordinatoren, an unsere außerschulischen Kooperationspartner.

Programm:

http://www.schule-ohne-rassis-mus.org/index.php?id=442&rid=t_81758&mid=155&aC=1ccd34b4&jumpurl=1

Anmeldung mit folgendem Formular (bis 10.02.2016):

http://www.schule-ohne-rassis-mus.org/index.php?id=442&rid=t_81758&mid=155&aC=1ccd34b4&jumpurl=2

Kontakt und Bewerbung

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Ahornstraße 5
10787 Berlin

Tel.: (030) 21 45 85 0
Fax: (030) 21 45 86 20

E-Mail: schule@aktioncourage.org
Internet: <http://www.aktioncourage.org>

01.03., LIFE e.V.:
Einstiege in Ausbildung und Duales Studium -
ENTER TECHNIK UND PARTNER-
UNTERNEHMEN STELLEN SICH VOR
**Eine Informationsveranstaltung
für Multiplikator/innen**

Anmeldung bis: **26.02.2016**

Am Dienstag, 01.03.2016 (16 – 18 Uhr)
Veranstaltungsort:
LIFE e.V.
Rheinstraße 45
12161 Berlin

Praktische Erfahrungen in verschiedenen Betrieben, professionelle Begleitung sowie Kontakt zu anderen technisch interessierten Mädchen, das ist das Erfolgs-

rezept von Enter Technik, dem Technischen Jahr für junge Frauen nach der Schule. Am Dienstag, den 01. März 2016 stellen LIFE e.V. und Partner-Unternehmen Enter Technik näher vor. Die Ausbildungsleiterin der Berliner Wasserbetriebe und andere Ausbilder/innen aus den beteiligten Unternehmen schildern die Wege in ihre technischen Berufsausbildungen und ins Duale Studium.

Der Veranstaltungsraum in den Goerz-Höfen findet sich im 1. Hof, Aufgang C, 3. OG (U-Bahn Walther-Schreiber-Platz/ S-Bahn: Feuerbachstraße)

Anmeldung und Kontakt

Anmeldungen:

E-Mail: lehmann@life-online.de
(bis spätestens 26.02.2016)

Kontakt:

Projektleitung
Dr. Petra Metz (metz@life-online.de)
E-Mail: metz@life-online.de
Tel.: (030) 308798-37

LIFE e.V.
Rheinstraße 45/46
12161 Berlin

Tel.: (030) 308 798 - 0
Fax: (030) 308 798 - 25

E-Mail: kontakt@life-online.de
Internet: <http://www.life-online.de>
<http://www.entertechnik.de>

21.04., Vorschau
AWO-Bundesverband-Fachtagung:
INTERKULTURELLE ÖFFNUNG
DER HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Wir laden Sie herzlich ein zur bundesweiten

Fachtagung
„Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“
am 21. April 2016 in der Werkstatt der Kulturen
Wissmannstraße 32
12049 Berlin

Wir bitten Sie diesen Termin jetzt schon vorzumerken!
Das Tagungsprogramm und Anmeldeformular werden Anfang März veröffentlicht. Die Veranstaltung ist kostenlos. Wir freuen uns, Sie in Berlin begrüßen zu können!

Der AWO Bundesverband möchte Sie hiermit auf die Abschlussstagung des Modellprojektes „Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“ aufmerksam machen. Das Modellprojekt der Arbeiterwohlfahrt „Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“, startete am 01.01.2014 und endet zum 30.06.2016. Das Projekt ist

gefördert durch Aktion Mensch und wird an drei Standorten der Arbeiterwohlfahrt umgesetzt. Im Rahmen der Veranstaltung in Berlin werden die Projektergebnisse und Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung der Hilfen zur Erziehung präsentiert. Wir laden Sie herzlich ein, in Vorträgen, Debatten, Fischbowl-Diskussionen die Ergebnisse mit uns zu diskutieren.

Mit dabei sein werden u. a.

- Wolfgang Stadler, Vorsitzender Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt
- Prof. Dr. Karin Böllert, Professur für Kinder- und Jugendhilfe/ Sozialpolitik und Vorsitzende der AGJ
- Dr. Hubertus Schröer, Institut-Interkulturelle Qualitätsentwicklung
- Lutz Wende, OrganisationsBERATUNG
- Judith Armbruster, Büro für Migrationsfragen der Stadt Braunschweig
- Dirk Bitterberg, AWO BV Braunschweig

Kontakt

Dr. Talibe Süzen
Referentin interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

Tel.: (030) 2630 9256
Fax.: (030) 2630 9322 56

E-Mail: Talibe.Suezen@awo.org
Internet: <http://www.awo.org>

Aus Projekten und Vereinen

Integrationsprojekt:

START WITH A FRIEND

ERHÄLT BUNDESFÖRDERUNG

Bundesministerin Schwesig: „Wir wollen, dass überall in Deutschland geflüchtete Menschen und Unterstützer zusammengebracht werden. Denn so gelingt Integration.“

Das Integrationsprojekt Start with a Friend erhält eine Förderung durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Das Berliner Modellprojekt kann sein erfolgreiches Konzept nun auch in weiteren deutschen Städten umsetzen. Start with a Friend stellt geflüchteten Menschen ehrenamtliche Unterstützer an die Seite, die sie eins zu eins bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen in Deutschland unterstützen. Das Projekt fördert Beziehungen, die persönlich, langfristig und vor allem auf Augenhöhe sind.

Auch in diesem Jahr werden viele Menschen in Deutschland Zuflucht suchen. „Die Ereignisse der letz-

ten Monate haben gezeigt, dass den damit einhergehenden Herausforderungen mit einer im Alltag gelebten Integration begegnet werden muss“, sagt Franziska Birnbach, Mitgründerin von Start with a Friend. „Neben der Ad-hoc Hilfe geht es jetzt auch darum, das Hiersein gemeinsam zu gestalten.“

Start with a Friend vermittelt Tandems persönlich. Der Inhalt und Umfang der Unterstützung richtet sich nach dem individuellen Bedarf und reicht von der Begleitung bei Behördengängen bis zu der Organisation eines Kitaplatzes. Die Unterstützer schaffen den Geflohenen einen Zugang in ihr Lebensumfeld und aktivieren ihre eigenen Netzwerke, was insbesondere den Spracherwerb und Einstieg in den Arbeitsmarkt fördert. Ein hundertseitiger Leitfaden befähigt auch Unterstützer ohne Asylrechtskenntnisse, Geflüchtete verantwortungsvoll zu unterstützen.

Internet: <http://www.start-with-a-friend.de/>

13.02., Auftakt-Veranstaltung:
PROJEKT AFROPOLITAN BERLIN

**Auftakt-Veranstaltung
zum Projekt AfroPolitan Berlin
Samstag 13. Februar 2016
von 16:00 – 21:30 Uhr
Abendprogramm 19:30 Uhr
Forum Brasil,
Möckernstraße 72,10965 Berlin**



Eintritt frei

Die Menschen in der Metropole Berlin sind heute farbiger denn je. Aber werden ihre Stimmen und ihre Erfahrungen auch gehört? Das ist eine der Ausgangsfragen des Projekts AfroPolitan Berlin, das gegenwärtig im Forum Brasil beginnt.

Afropolitan will dazu beitragen, dass die Stimmen von jungen Menschen afrikanischer Abstammung in Berlin deutlicher vernehmbar werden. Das Projekt verknüpft für die Teilnehmenden Empowerment-Trainings und individuelle Beratungen mit einem reichen Programm kultureller und politischer Bildung. Hinzu kommen praxisorientierte Ausbildungsmodulare zur Multiplikatoren-schulung und Bildungsprojektentwicklung, mit denen die Projektteilnehmer*innen selber in die Gesellschaft hinein wirken.

Afropolitan setzt sich damit auch zum Ziel, den Teilnehmer*innen Berufsperspektiven u.a. im Kultur- und Veranstaltungsbereich, in der politischen Bildung, an Schulen und in zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Rassismus zu eröffnen.

Wir möchten alle Interessierten zu einer Vorschau einladen, die in der Form einer Revue die Komponenten des Projekts vorstellt. Nach einer Einführung in das

Gesamtprojekt präsentieren unsere Kurs- und Workshop-Leiter*innen in etwa 15-minütigen interaktiven Live-Performances die Kurse zur kulturellen Bildung:

- Afro-brasilianischer Tanz
- Capoeira
- Hip Hop and streetdance
- Gesangsworkshop Grupo Vocal
- Afro-Percussion.

Zwischen den einzelnen Performances geben unsere Mitarbeiter*innen Kurzvorträge über

- Empowerment – best practice
- Einzel- und Gruppenberatung zum Thema „Identität“
- Der schwarze Blick auf Geschichte
- Rassismus entziffern durch Filmbildung
- Schritt für Schritt Bildungsprojekte entwickeln

Anschließend findet ein Abendprogramm mit afrikanischen und afro-diasporischen Musikern und Künstlern statt. Unser Haus bietet danach großzügige Möglichkeiten für ein produktives Zusammensein aller Interessierten. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Infos unter <http://www.forum-brasil.de>

AfroPolitan Berlin wird gefördert durch: Senatsverwaltung für Frauen, Integration und Arbeit– Der Beauftragte für Integration und Migration

Kontakt

Forum Brasil
Möckernstraße 72
10965 Berlin

Tel: (030) 780 960 54
Fax: (030) 780 960 53

E-Mail: info@forum-brasil.de
Internet: <http://www.forum-brasil.de>

Lateinamerikanischer Frauenverein
XOCHICUICATL E.V.

Angebote und Programm im Februar

Wir über uns

Xochicuicatl bedeutet in Nahuatl "Gesang der Blumen". Der Verein wurde 1992 als Selbsthilfegruppe gegründet. Heute sind wir eine unabhängige Gruppe aus Lateinamerikanerinnen und arbeiten mit Frauen aus aller Welt zusammen. Wir setzen uns für eine bessere Völkerverständigung ein und fördern den Austausch zwischen den Kulturen. Unsere Beratungen sind auf Spanisch, Portugiesisch und Deutsch.

- Soziale Beratung: Claudia Tribin
- Psychosoziale Beratung: Sophia Oelsner
- Juristische Beratung: Achim Bedenk, Dr. Christoph Kasten, Mercedes Hervás M.
- Beratung in Fällen häuslicher Gewalt (Donnerstag von 16 bis 18 Uhr): Susana Yañez

Für alle Beratungen oder Termine bitten wir um Anmeldung! Tel.: (030) 278 6329,
E-Mail: mail@xochicuicatl.de.

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
10:00 – 16:00 Uhr (Mittwochs geschlossen)

11. – 21.02.

„Xochi goes Berlinale“

Wir besuchen gemeinsam ein Berlinale Film.

16.02. DIENSTAG, 13:00 – 16:00 Uhr Berufliche Orientierung und Jobcoaching

Mit Uwe Orlowski. Nur mit Termin!

22.02. MONTAG, 17:00 – 20:00 Uhr "Systemische Familienaufstellungen"

Leidvolle und konfliktreiche Aspekte des Lebens werden in einer Familienaufstellung vor dem Hintergrund des Familiensystems beleuchtet. Dabei können systemische Belastungen sichtbar und Schritte in Richtung einer Lösung gegangen werden. Mit Alicia Gerike. Anmeldungen bitte über info@alicia-gerike.de

Regelmäßige Aktivitäten

MONTAG, 12:00 – 14:00 Uhr (ab 08.02.) Computer und Internet für Anfängerinnen mit María Paz. 14:00 – 16:00 Uhr:

Kaffee & Kuchen: offener Treff, 1. Montag im Monat.

DIENSTAG, 14:00 – 16:00 Uhr (ab 02.02.) Patchwork mit Mónica Miranda y Yasmín Ramírez.

19:00 – 20:00 Uhr (ab 19.01.)

Workshop: „Reconociéndonos“

Forum für Persönlichkeitsentwicklung und Erforschung des Emotionen Kreis, Selbstvertrauen und persönliche Beziehungen durch Aktivitäten und Gruppendynamik.

MITTWOCH, 19:15 – 21:15 Uhr

Chor. Lateinamerikanische Musik mit Catalina Restrepo.

Der Chor setzt sich aus Sänger/innen verschiedener Nationalitäten zusammen. Um im Chor mitzuwirken, muss man keine Noten lesen können, sondern nur die Lust am Singen mitbringen.

DONNERSTAG, 10:00 – 12:00 Uhr (ab 14.01.)

Deutschkurs. Konversation und Grammatik für Anfänger A1/A2.

Dieser Kurs ist für Sprachanfänger mit wenigen oder keinen Vorkenntnissen. Wir werden uns austauschen und unsere Kenntnisse im freien Sprechen, in der Rechtschreibung und Grammatik verbessern und vertiefen. Mit Eva María Kachold.

FREITAG, 16:45 – 17:00 Uhr (ab 22.01.)

Musik für Kinder ab 1,5 bis 3 Jahren

Musik erleben durch Bewegung, Singen, Spielen. In der musikalischen Früherziehung kommen die Kinder auf

spielerische Art und Weise in ersten Kontakt mit Musik, wodurch sie in ihrem Entwicklungsprozess (sensorisch, sprachlich, sozial, motorisch und musikalisch) unterstützt werden. Mit María Clara Zuñiga (Information und Anmeldung in musica.la@web.de).

Kontakt

Lateinamerikanischer Frauenverein
Xochicuicatl e.V.
Winsstraße 58
10405 Berlin

Tel.: (030) 278 63 29

E-Mail: mail@xochicuicatl.de
Internet: <http://www.xochicuicatl.de>
<http://www.coro-xochi.net>

AWO-Begegnungszentrum MONATSPROGRAMM FEBRUAR/MÄRZ 2016

**Das JobCenter Friedrichshain – Kreuzberg
kommt ins AWO-Begegnungszentrum!**
Dienstag, 23.02.2016, 13.00 Uhr – 14.30 Uhr
Rathaus Kreuzberg, Altbau, EG 10967 Berlin

Kommen Sie auch und erkunden Sie mit einem Arbeitsvermittler Ihre Fähigkeiten und Chancen auf dem Arbeitsmarkt!

- Anregungen für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Jobcentern u. Vorbereitung eines Gesprächstermins
- Informationen zu Fördermöglichkeiten der Jobcenter
- Unterstützung von ExistenzgründerInnen und Selbständigen
- Eingliederungsvereinbarung etc.

Gerne können Sie uns Ihre Fragen im Vorfeld telefonisch mitteilen unter 69 53 56 15!

Donnerstag, 11.02., 15:00-17:00 Uhr
Multikulturelle Erzählwerkstatt mit Ursula Bach
„Feste und Feiern in verschiedenen Kulturen“
Thema heute: Erinnerungen an Hochzeitsfeiern. Neue TeilnehmerInnen sind herzlich willkommen!
Ort: Degewo Wohnertreff, Waldemarstr.70, 10997 Berlin

Mittwoch 17.02. und Mittwoch 24.02., 10:30-14:30 Uhr
Fortbildung für die Ehrenamtlichen des AWO Begegnungszentrums zum Thema: Wie kann ich Gruppenteilnehmer motivieren und aktivieren?*
Dozentin Frau Dr. Azra Dzajic-Weber
Wir bitten um Anmeldung bei Susanne K. oder Filiz ML.
Ort: Begegnungsstätte Gitschiner Str.38, 10969 Berlin

Dienstag, 16.02., 14:00-17:00 Uhr

Treffpunkt der Kulturen – ein Disconachmittag oder ein verspätetes Faschingsfest - wir freuen uns über die vielfältigen Verkleidungen....

Wir bitten um Anmeldung unter Tel.: 695 34 051
Kosten 3,00€, ermäßigt 1,50€ (Pfannkuchen, Tee, Kaffee und Bowle)
Ort: Begegnungsstätte Falckensteinstr.6, 10997 Berlin

Donnerstag, 25.02., 15:00-17:00 Uhr
Multikulturelle Erzählwerkstatt mit Ursula Bach
„Feste und Feiern in verschiedenen Kulturen“
Thema heute: Erinnerungen an private Feste wie Geburtstage, Familienfeste, Betriebsfeiern etc. und Beginn der Vorbereitungen für die Präsentation.
Ort: Degewo Wohnertreff, Waldemarstr.70, 10997 Berlin

Gruppentreffen während der Sanierung des AWO-Begegnungszentrums

Sonntags und montags, 12:30–17:00 Uhr
Türkischsprachige Rentnergruppe
Ort: Begegnungsstätte Gitschiner Str. 38, 10969 Berlin

Dienstags 14:00-18:00 Uhr
Spanischsprachige Rentnergruppe
Ort: Waldemarstr. 57, 10997 Berlin 2.OG (AWO Gruppenraum)

Dienstags, 12:30 – 15:00 Uhr
Die Handarbeitsgruppe „Bunte Kreationen – die AWO Kirschen“
Ort: Familienzentrum, Adalbertstr. 23 B, 10997 Berlin, EG

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 14:00 – 18:00 Uhr
Polnische Rentnergruppe
Ort: Mosaik KulturEtage, Oranienstr. 34 Hinterhof, 10999 Berlin

Mittwochs, 15:00-18:00 Uhr
Integrationsgruppe 12 und 18 des AWO KV Nordwest. (Erwachsene mit Handicap).
Nähere Informationen bei Felice, Tel.: 0178-166 98 60 oder Filiz, Tel.: 615 07 43
Ort: Begegnungsstätte Gitschiner Str.38, 10969 Berlin, EG

Dienstags, 14. tägig, 15:00-18:00 Uhr
„Dobar Dan“ Gruppe (Senioren aus Ex-Jugoslawien)
Treffen im Februar und März:
09. und 23.02., 15. und 29.03.2016
Ort: AWO Migrationsberatung, im Rathaus Kreuzberg, Altbau Erdgeschoss, Raum 0044, Yorckstrasse 4-11

Donnerstags, 14.00 – 14:30 Uhr
Arabischkurs auf Anfrage
Herr Ahmed, Ehrenamtlicher des AWO Begegnungszentrums steht für Anfragen zur Verfügung.
Ort: Wohnertreff Waldemarstr. 70, 10997 Berlin, EG

Kontakt

AWO Begegnungszentrum:
Filiz Müller-Lenhartz (Gemeinwesenarbeit):
Bewohntertreff Waldemarstraße 70
10997 Berlin, EG

Tel.: (030) 615 07 437
E-Mail: f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.de

Migrantensozialdienst im Rathaus Kreuzberg,
Altbau Erdgeschoss, (bitte beim Pförtner fragen),
Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin,
Susanne Koch
Tel.: (030) 695 35 619
E-Mail: susanne.koch@awoberlin.de

Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>

BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V. Interkulturelles Gemeinwesenzentrum in Friedrichshain

Programm Februar 2016 (Auszug)

Wir haben für Sie:
Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr
Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr
Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay
Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur
Tel. 29 04 91 36
n.garay@awo-spree-wuhle.de

Frau Christiane Müller-Naili
Soziales & Selbsthilfe
c.mueller-naili@awo-spree-wuhle.de
Tel.: 29 35 08 35

Loan Nguyen, Edeltraud Gohs
Senioren, Gemeinwesenarbeit
Tel. 29 04 91 36
bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“
Frau Belinda Apicella
Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
Tel. 29 04 66 11
b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Veranstaltungen

Ab 15. Februar, montags
Volare con l'italiano" - im Fluge Italienisch lernen
mit Grazia Orlandini

Konversationskurs für Anfänger. Anmeldung unter 29 04 91 36 (Spendenbeitrag 10 € mtl.)

Mittwoch, 03. Februar, 13:30 – 15:30

Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit Serena Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf Deutsch, Italienisch, Spanisch u. Englisch)
Termine unter 0800 265 080 – 27138 und bei uns

⊘⊘⊘

Donnerstag, den 18. Februar, 14:00 Uhr – 16:30 Uhr "Spiel doch mal wieder!"

Generationsübergreifender Spielenachmittag für Freunde von Rommé (Kostenfreies Angebot)

⊘⊘⊘

Freitag, den 05. & 19. Februar, 18:00 -22:00 Uhr

Treff des spanischen Netzwerkes 15 M Berlin

Kontakt: <http://15mberlin.com/>

⊘⊘⊘

Freitag, den 26. Februar, 18:00 -22:00 Uhr

Treff des Vereins Estrella de Cuba e.V.

Kontakt: José Conde [conde_breuer@gmx.net]

⊘⊘⊘

Samstag, den 13. Februar, 13:00 – 19:00 Uhr

Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.

Kontakt: [munjunga augustojone \[auqjone@googlemail.com\]](mailto:munjunga augustojone [auqjone@googlemail.com])

⊘⊘⊘

Sonntag, den 14. Februar, 15:00- 19:00

Tet –Fest 2016

Vietnamesisches Neujahrstfest
Kulturprogramm & Kulinarisches gestaltet
von unseren vietnamesischen Schülern u. ihren Eltern

⊘⊘⊘



Veranstaltungen im Februar des Frauenprojektes Mariposa

montags, im Wechsel

10:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr

Hilfe bei Bewerbungen

**Erstellung von Bewerbungsunterlagen,
Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten**

mit Frau Schlimgen

nur für Frauen, kostenlos

Anmeldung unter: 030 290 466 11

Montags 17:00 -19:00 Uhr

⊘⊘⊘

Montags 17:00 -18:30

Nähwerkstatt mit Soledad

Angebot für sozial benachteiligte Frauen

Anmeldung unter: 030 290 466 11

Unkostenbeitrag 20 € monatlich

⊘⊘⊘

Dienstags

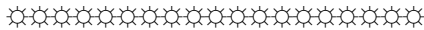
psychologische Beratung für Mütter und Schwangere mit
Dipl. Psychologin Silvia Bonapace (italienisch & deutsch)

Terminvereinbarung unter 015203668205

13:00 – 14:30

und silvia.bonapace@studio.unibo.it

(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)



Donnerstags

psychologische Beratung für Frauen in Konfliktsituationen mit Dipl. Psychologin Inmaculada Martagón (spanisch)
Terminvereinbarung unter 0152 23812941 o
psicologiaberlin@gmail.com.
(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

Kontakt

Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof, neben der
Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin
Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Weiteres Programm und Informationen unter:

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>

BABEL E.V.

Veranstaltungsangebot im Februar 2016 (Auszug)

Öffentliche Veranstaltungen

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Montag - Donnerstag: Computer AG täglich

Montag: Medienwerkstatt für Kids, Workshops zur Sicherheit im Internet und Social Media

Dienstag: Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat, Kids kochen sich um die Welt.

Mittwoch: Kreatives Basteln und KinderWelten in bewegten Bildern, Kids kochen sich durch die Welt

Donnerstag: Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat, Interkulturelle Sensibilisierung für Kinder und Jugendliche; Antidiskriminierungsworkshops, Antigewalttrainings

Freitag: 14-tägig Spiele aus aller Welt

Samstag: 14-tägig Projekt „ZwischenWelten“.

Babylon-Kids treffen sich mit ihren Neuberliner Freund_innen zu gemeinsamen Spiel, Spaß, Basteln, Sport und vieles mehr

Montag - Donnerstag: 14.00 Uhr - 18.00 Uhr

Freitag: 14-tägig von 14.00 Uhr - 18.00 Uhr

Samstag: von 11.00 Uhr - 18.00 Uhr

Donnerstag, 07.01.2016, ab 15.00 Uhr

Geburtstagsparty für Babylon-Kids

... und wer im Dezember Geburtstag hat(te)... Geburtstagsparty für die Kids, die im Dezember Geburtstag hatten.

Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat im Haus Babylon

Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft

Jeden Dienstag und Donnerstag von 17.00 Uhr - 20.00 Uhr

Interkultureller Brunch –

Die Welt zu Gast im Haus Babylon

Thematische Veranstaltung mit wechselnden Themen in Bezug auf die Interkulturelle Thematik
Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem geselligen Nachmittag.

Freitag, 12.02.2016 und Freitag, 26.02.2016, 15.00 Uhr - 20.00 Uhr

Winterferienprogramm 2016 –

„Mystisches und Fantastisches aus Europa“

mit Spiel, Spaß und Kreativität starten wir ins diesjährige Winterferienprogramm. Darüber hinaus erfahren die Kids etwas über die Entstehung der Vampirgeschichten und können am Lgerfeuer Stockbrot machen.

Die Veranstaltungen finden jeweils von

09.30 Uhr bis 12.00 Uhr in den Räumen von Haus Babylon statt.

Kontakt

BABEL e.V.
Stefan-Born-Straße 4
12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91, Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de

Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

Veranstaltungen

04.02. (Eröffnung), Ausstellung:
 „ALS DIE WELT IN SCHERBEN FIEL –
 Assemblagen aus dem untergegangenen Breslau“
 des polnischen Künstlers Jurek Kozieras

**Eröffnung durch Christian Schröter (DPG):
 Donnerstag, 04.02.2016 um 19:30 Uhr
 Humboldt-Bibliothek
 13507 Berlin-Tegel
 Karolinenstraße 19 (U-Bhf. Alt-Tegel)**

**Einführungsvortrag:
 „Breslauer Archäologie“ von Roswitha Schieb,
 Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin
 (Borgsdorf)**

Veranstalter der Ausstellung ist die Deutsch-Polnische
 Gesellschaft Berlin in Zusammenarbeit mit der Hum-
 boldt-Bibliothek Berlin-Tegel.

Die Ausstellung ist ein-
 es der ersten kulturellen
 Ereignisse, das aus
 Anlass der diesjährigen
 Europäischen Kultur-
 hauptstadt Wrocław in
 Berlin stattfindet. Einen
 Monat lang wird die Bil-
 dersammlung „In
 Scherben gefallen – As-
 semblagen aus dem
 untergegangenen Bres-
 lau“ des polnischen
 Künstlers Jerzy Koziera in der Humboldt-Bibliothek in
 Tegel gezeigt. In seinen reliefartigen Werken hat der
 Künstler Fragmente und Relikte der deutschen und jü-
 dischen Vergangenheit seiner Heimatstadt verarbeitet.



Zur Finissage der Ausstellung Anfang März ist außer-
 dem der Breslauer Schriftsteller Jacek Inglot zu Gast,
 wird sein Buch „Der Gejagte“ vorstellen und sich den
 Fragen des Publikums stellen.

Kontakt und Anmeldung

Anmeldungen zur Ausstellungseröffnung am
 04.02.2016 per E-Mail unter froesedpgb@gmail.com
 sowie telefonisch Mobil 0170 2075297

Humboldt-Bibliothek
 E-Mail: Humboldt-Bibliothek@reinickendorf.berlin.de
 Tel.: (030) 4373680

Öffnungszeiten:
 Montag bis Freitag 11-19 Uhr
 Sonnabend 11-16 Uhr

(Bild: DPG)

Noch bis 07.02., Ausstellung:
 „STREETUNIVERCITY –
 DIE SOZIALE SKULPTUR“

**Ort:
 Freies Museum Berlin
 Bülowstraße 90
 10783 Berlin**

**Öffnungszeiten:
 Di-Sa 12-19 Uhr, So 15-18 Uhr,
 Mo: geschlossen**



Die Ausstellung ist eine Präsentation von innerhalb der
 StreetUniverCity (SUB) entstandenen Werken. Sie
 zeigt etwa die beeindruckenden, großformatigen Misch-
 technikbilder von Jugendlichen. Hier sieht man keine
 vermeintlichen Loser oder Problem-Kids. Ganz im Ge-
 genteil erstrahlen die (Selbst-) Portraitierten zu neuer
 Größe: selbstbewusst beanspruchen sie gleicherma-
 ßen einen adäquaten Raum und die Anerkennung der
 Betrachter.

Außerdem wird in der Ausstellung auf weitere Produkti-
 onen aus anderen künstlerischen Bereichen verwiesen,
 in denen die SUB ebenfalls arbeitet: Neben der Bilden-
 den auch die Darstellende Kunst sowie verschiedene
 multimediale Bereiche.

Doch neben einer reinen Werkschau ist die Ausstellung
 auch eine Dokumentation der Methodik und Arbeits-
 weise der StreetUniverCity und dient als Informations-
 plattform. „Mitmachen“ ist die Devise, die sich vor allem
 an einzelne Jugendliche – auch aus Flüchtlingsheimen
 -, an Jugendzentren und an Schulklassen richtet. Wie
 breit das Spektrum der SUB-Angebote ist, macht auch
 das Rahmenprogramm deutlich: Bis zum 7. Februar
 wechseln offene Radio-Workshops mit Film-Viewings
 oder Chill-Jams.

Rahmenprogramm

31.1.16 Das Prinzip der StreetUniverCity
 Doku und Videoclip Viewing der Semesterarbeit
 im Freien Museum, um 19 Uhr

2.2.16 SUB Media Lab
 SUB Edutainment & Streetphilosophy
 Special im Freien Museum, um 17 Uhr

5.2.16 Filmpremiere „Faust in da Street“ reloaded 2016
 (new cut) im Freien Museum, um 19 Uhr

7.2.16 Finissage der Ausstellung
 "StreetUniverCity – Die Soziale Skulptur"
 Chill-Jam mit den SUB All Stars im Freien Museum,
 ab 16 Uhr

Die in Berlin Kreuzberg gegründete StreetUniverCity
 e.V. ist ein niedrigschwelliges, künstlerisch orientiertes
 Bildungsprojekt für 15- bis 25-Jährige, das auf die Inte-
 ressen, Stärken und Talente junger Menschen baut und

diese gemeinsam mit ihnen weiterentwickeln will. Die StreetUniverCity e.V. ist in dieser Arbeit Pionier, an der sich im In- und Ausland ähnlich gelagerte Projekte orientieren.

Kontakt

StreetUniverCity Berlin e.V.
Waldermarstr.57
10997 Berlin-Kreuzberg

Tel.: (030) 2391 0310

E-Mail: info@streetuniversity.de
Internet: <http://www.streetuniversity.de/>

Veröffentlichungen/Internet-Tipps

Faltblatt zum Berliner Nahverkehr:
BVG INFORMIERT
AUF ARABISCH UND ENGLISCH

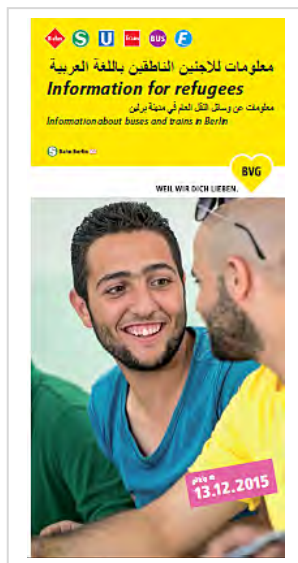
Mit einem Faltblatt auf Arabisch und Englisch informieren die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) über das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs in Berlin.

Das Faltblatt enthält alle wesentlichen Informationen zum öffentlichen Nahverkehr in Berlin, zu den wichtigsten Ticketarten und praktische Hinweise zu deren Nutzung, beispielsweise zur Entwertung. In einem eigens überarbeiteten Netzplan sind die wichtigsten Anlaufstellen für Flüchtlinge markiert, die jeweiligen Fahrhinweise finden sich ebenfalls in Arabisch und Englisch in einer Legende.

Es wurden außerdem die wichtigsten Bahnhofsnamen zum Teil phonetisch ins Arabische übersetzt, sodass Flüchtlinge, die keine lateinischen Buchstaben lesen können, sich über das Hören ebenfalls orientieren können.

Download Liniennetz Arabisch/Englisch (Stand 13.12.2015 PDF, ca. 1Mbyte):
<http://www.bvg.de/?section=downloads&download=1842>

Internet: <http://www.bvg.de>



Mehrsprachig veröffentlicht:
RATGEBER GESUNDHEIT
FÜR ASYLSUCHE IN DEUTSCHLAND

Das Bundesministerium für Gesundheit hat am 15.01. den "Ratgeber Gesundheit für Asylsuchende in Deutschland" veröffentlicht. Der Ratgeber wurde in Zusammenarbeit mit dem Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. und in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden aus Bund und Bundesländern erstellt.



Der Gesundheitsratgeber erscheint in Deutsch, Englisch, Arabisch, Kurdisch (Kurmanci) und Paschto. Damit ist er in den Sprachen erhältlich, die Asylsuchende am häufigsten sprechen.

Weitere Infos sowie Download: <http://www.ratgeber-gesundheit-fuer-asylsuchende.de>
Pressemitteilung: <http://www.bmg.bund.de/ministerium/meldungen/2016/160115-ratgeber-gesundheit-fuer-asylsuchende-in-deutschland-veroeffentlicht.html>

VERKEHRSREGELN FÜR FAHRRADFÄHRER
Broschüre in 13 verschiedenen Sprachen gibt Tipps

Diese wichtigsten Verkehrsregeln für Fahrradfahrer wurden im Bistum Trier in die verschiedenen Sprachen der ImmigrantInnen übersetzt und im Internet zur Verfügung gestellt.



Download:
<http://www.bistum-trier.de/willkommens-netzde/ich-bin/interessiert-an-informationen/>

EINE APP,
DIE DAS „ANKOMMEN“ ERLEICHTERT

Bundesagentur für Arbeit, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bayerischer Rundfunk und Goethe-Institut stellen themenübergreifende App für Flüchtlinge vor.

Welche Schritte durch das Asylverfahren muss ich beachten? Wann muss mein Kind in die Schule? Wie erhalte ich eine Arbeitserlaubnis? Was tun, wenn ich

krank werde? Die Antworten auf diese und weitere, übergeordnete Fragen erhalten Flüchtlinge jetzt in der kostenlosen App „Ankommen“.

„Ankommen“ ist ein Wegbegleiter zur schnellen und umfassenden Orientierung während der ersten Wochen und auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse neu in Deutschland ankommender Menschen zugeschnitten. Ziel ist es, die wichtigsten Informationen zur raschen Integration der Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen: Hinweise zu Werten und Leben in Deutschland finden sich dort ebenso wie Informationen zum Asylverfahren sowie zum Weg in Ausbildung und Arbeit. In die App ist zudem ein kostenloser, multimedialer Sprachkurs integriert, der eine alltagsnahe Unterstützung für die ersten Schritte auf Deutsch bietet.

Entwickelt wurde die bundesweit bisher einmalige Service- und Lern-App gemeinsam von Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Bundesagentur für Arbeit (BA) und Goethe-Institut, in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk (BR).

„Ankommen“ steht in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch und Deutsch zur Verfügung und ist nach dem Download auch ohne Internetzugang nutzbar. Die App ist zunächst verfügbar für Smartphones mit dem Betriebssystem Android und – nach Freigabe im App Store - auch auf iOS. Download über die jeweiligen App-Stores.

Weitere Information auch über <https://www.ankommenapp.de>

Für lesbische, schwule, bisexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge:
ARABISCHSPRACHIGER RECHTSRATGEBER

Online unter <http://www.queer-refugees.de>

Unter den ankommenden Flüchtlingen gibt es natürlich auch lesbische, schwule, bisexuelle und/oder transgeschlechtliche (LSBT) Flüchtlinge, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung Schutz in Deutschland suchen. Die Verfolgung aufgrund der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität kann ein zusätzliches Motiv oder der Hauptgrund sein.

Eine Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ist laut der EU-Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU ein anerkannter Asylgrund. Flüchtlinge und Beratungsstrukturen sind hierüber nicht immer ausreichend informiert.

Der LSVD kann als überörtliche Organisation die Asylbewerber_innen nicht vor Ort beraten und begleiten. Er bemüht sich deshalb, für die Flüchtlinge Informationen bereitzustellen und sie an geeignete Beratungseinrichtungen in der Nähe zu vermitteln. Zudem setzen wir

uns für eine LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik ein.

Zu den Informationen gehören auch Ratgeber über das Asylverfahren, die der LSVD sowohl auf seiner Webseite www.lsvd.de als auch auf der Webseite www.queer-refugees.de bereitstellt. Dank ehrenamtlicher Übersetzung können wir diesen auch auf Englisch und Französisch anbieten. An weiteren Sprachen arbeiten wir.

Nun ist es durch die Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gelungen, unsere Ratgeber ins Arabische zu übersetzen und die Übersetzungen in unsere Webseiten einzubinden. Dafür danken wir dem Ministerium sehr.

Link zum Ratgeber

http://www.queer-refugees.de/?page_id=250

10 Jahre Berlin braucht dich!
GUT ANKOMMEN IN DER AUSBILDUNG
Neue Ausgabe des *Berlin braucht dich!* Magazins erschienen

„Berufsausbildung ist für eine gelungene Teilnahme am Erwerbsleben Voraussetzung und bietet heute – angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels – besonders gute Chancen.

Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationsgeschichte zu öffnen, war und ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Berliner Integrationspolitik und Berlin braucht dich! eines ihrer Leitprojekte. Das vorliegende Magazin zeigt, dass die Zeit gut genutzt wurde. Die Ergebnisse von Berlin braucht dich! belegen, dass Integration langfristige und beharrliche Anstrengungen und keine atemlose Projektmacherei braucht“, so Andreas Germershausen in seinem Vorwort zur Broschüre.



Download als PDF direkt unter:
http://www.berlin-braucht-dich.de/fileadmin/user_upload/PDFs/BQN_BR_Berlin_braucht_dich_WEB_op1.pdf

Internet:

<http://www.berlin-braucht-dich.de>

Online und als Broschüre:

REFUGEE GUIDE

Eine mehrsprachige Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland

Die Orientierungshilfe enthält nützliche Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland. Angeregt wurde diese Orientierungshilfe durch Fragen, die viele Geflüchtete immer wieder stellen. Die Hinweise in dieser Orientierungshilfe sollten weder als Gesetze noch als bindende Regeln wahrgenommen werden. Die Menschen in Deutschland werden sich nicht immer verhalten wie dort beschrieben.



Trotzdem sind die beschriebenen Verhaltensweisen für die meisten Menschen in den meisten Situationen üblich.

Refugee Guide Online: <http://www.refugeeguide.de/>

Download der Broschüren:

<http://www.refugeeguide.de/downloaden-und-drucken/>

NEU: Aushang für Smartphone-Benutzer

Mit diesem Aushang erreicht der Refugee Guide viele Menschen mit minimalem Aufwand:

http://www.refugeeguide.de/dl/RefugeeGuide_Poster_A3.pdf
